

b unabhängige **auernstimme**



Glyphosat steht für: Ministerdurchsetzungsfähigkeit, Unwissenschaftliches Handeln, umweltschonenden Ackerbau, Insektensterben und Agrarindustrialisierung. Am Ende hat Monsanto gut verdient.



Mehr Tierwohl wollen inzwischen fast alle, aber wie, darüber scheiden sich die Geister, und woher die Finanzmittel kommen sollen, die der Umbau kosten wird, hat noch niemand abschließend erklärt.



Ein kraftvolles gesellschaftliches Bündnis, allen voran 160 Bäuerinnen und Bauern in ihren Treckern, sind in einer bunten, friedlichen Demo durch Berlin gezogen. Zum Dialog bereit.



Politikwechsel einläuten!



Die Seite 3

Essen ist politisch 3



Agrarpolitik

„Will Ministerin für alle Betriebe sein“ 4
 Fünf Jahre und dann Schluss? 5
 „Die Haltungskennzeichnung ist eine Chance“ 10
 Bayer unter Druck 16
 Keine Panik auf der Titanic 17



Milch

Grünlandbetonte Milchviehfütterung unter der Lupe 6
 Selbsthilfe oder Selbstbetrug? 7



Bewegung

Recht auf Ökolandbau 8
 Die Häutung der Bio-Zwiebel 18
 Weiter machen 19



Schwerpunkt

„Anhänger der Vielfalt“ 11
 Ein gesellschaftlicher Konsens für die Landwirtschaft? 11
 Geld regiert die Agrarreform 13
 Lösung erkannt - aber kaum umgesetzt 14

Zu Besuch bei Sandra Neuendorf und Wolfgang Eisenberg , Seite 9, Nachbau, Seite 15, Hofportrait, Seite 20; Veranstaltungen, Seite 21-22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Bewegung

Am 20. Januar 2018: 30.000 Menschen bewegen sich und demonstrieren in Berlin, darunter auffällig viele junge Menschen und Junggebliebene, die mit viel Phantasie deutlich machen: Essen ist politisch und wir bieten der Agrarindustrie die Stirn. Vorneweg sehr viele Bäuerinnen und Bauern auf ihren Treckern, mit Bannern und selbstgemalten Schildern, darauf selbstbewusste Forderungen für einen guten Umgang mit den Nutztieren, für die Artenvielfalt, für das Bündnis mit der Gesellschaft und mit den Kleinbauern in aller Welt, gegen das Höfesterben.

Konventionell und biologisch wirtschaftende Bäuerinnen und Bauern erhalten bei ihren Reden auf den Kundgebungen großen Beifall, werden sogar umjubelt. Einigen Berufskollegen stehen bei dieser Wertschätzung die Tränen in den Augen. Kein Zweifel, darin liegt seit Jahren die große Kraft dieser Bewegung: Bauern und Zivilgesellschaft ziehen in wichtigen Fragen an einem Strang für eine Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft, statt sich auseinanderdividieren zu lassen, wie sich das interessierte Kreise so sehr wünschen. Noch haben dies nicht alle in der Bewegung verstanden. Sie erheben lieber scheinbar radikale Forderungen, wie das sofortige Verbot aller Pestizide, statt denjenigen den Rücken zu stärken, die sich auf den Weg hin zu umwelt- und klimaschonender Flächennutzung machen. Es reicht auch nicht mehr, lediglich das Leid der Nutztiere zu beklagen. Die AbL hat genaue Vorschläge zur Veränderung und zum Umbau der Tierhaltung gemacht und fordert, dass auch der Staat zusätzliche Gelder für den Umbau bereitstellt, damit Bauern nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Diejenigen, die wie im Neuland-Programm schon länger artgerechte Tierhaltung machen, sollen dabei auch berücksichtigt werden, statt in die Röhre zu gucken.

Die AbL hat auch einen Vorschlag für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik vorgelegt. Danach werden die EU-Agrargelder nach sozialen und ökologischen Qualitätskriterien differenziert eingesetzt und damit die gesellschaftlich wichtige Arbeit und Leistung der Bauern und Bäuerinnen auf dem Acker, auf dem Grünland und im Stall honoriert, statt wie bisher die Flächengröße zu belohnen.

Die Vertreter/innen des „Weiter so oder ähnlich“ haben ihre Positionen in Berlin auch dargelegt. Sie werden uns nicht freiwillig und höflich den politischen Vortritt überlassen. Es wird eine harte Auseinandersetzung widerstreitender Interessen. Die zeitgleich zur Demo stattfindende internationale Agrarministerkonferenz hat sich immerhin mit unserer Kritik und unseren Forderungen auseinandersetzen müssen.

Mit den 30.000 und den vielen jungen Menschen im Rücken können wir verstärkt in Brüssel, Berlin, in den Bundesländern und Regionen für unsere bäuerlichen Interessen streiten. Es ist nicht Aufgabe der Politik zu warten, bis sich alle einig sind. Mutiges Vorangehen im Setzen zukunftsfähiger, bäuerlicher Rahmenbedingungen ist gefragt. Das gilt auch bei den Koalitionsverhandlungen. Die Ergebnisse müssen daran gemessen werden, ob wirksame Schritte für eine gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft eingeleitet und gerade auch für kleine und mittlere Höfe und für junge Menschen in ländlichen Regionen Perspektiven eröffnet werden. An der Berliner „Schaubühne“ hängt immer noch das Banner: „So wie es ist, kann es nicht bleiben!“ In diesem Sinne, bewegen wir uns.

Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer



Essen ist politisch

Für eine gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft, sauberes Wasser, Biodiversität und Tierwohl demonstrieren 33.000 in Berlin

Die Polizeiwagen sind schon lange zu sehen. Aber Blaulicht im Berliner Regierungsviertel ist keine Seltenheit. Eine scheinbar nicht enden wollende Treckerkolonne dann aber schon. 150 Bäuerinnen und Bauern waren mit ihren Traktoren nach Berlin gekommen, um bei der Wir-haben-es-satt-Demo ihr Interesse an einer anderen Agrarpolitik deutlich zu machen. In Bayern, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern hatten sie sich zum Teil schon Tage vorher auf den Weg gemacht, um ihren Protest gegen die agrarindustrielle Landwirtschaft vor die Tore der Grünen Woche und ins Blickfeld der zukünftigen Bundesregierung zu tragen. Auf dem Washingtonplatz vor dem Hauptbahnhof treffen die ersten Menschen ein. Polizisten kontrollieren Bannersprüche. Kirsten Wosnitza, Milchbäuerin aus Schleswig-Holstein und BDM-Mitglied wird hier in wenigen Stunden reden. Sie wird nicht nur jubeln, sondern mutig ihre Schwierigkeiten mit so manchen

Forderungen benennen: „Als konventionelle Milchbäuerin teile ich natürlich nicht alle Ansichten der NGOs. Ich glaube, das erwartet auch keiner. Ich habe auch einen anderen Blick auf Pflanzenschutz als viele Naturschutzverbände und ich habe auch eine andere Einstellung zur Tierhaltung als Veganer.“ Vor allem aber wird sie einen Dialog einfordern. „Aber so ist das in einer Gesellschaft. Da kann ich mir die anderen Meinungen doch nicht einfach wegwünschen.“

Noch aber ist der Platz leer. Die Trecker rollen gerade hinter dem Hauptbahnhof Richtung Wirtschaftsministerium. Hier, wo an diesem Tag die 10. internationale Agrarministerkonferenz stattfindet, parken die Schlepper dreireihig gegenüber dem Haupteingang. „Wir sind nicht gekommen, um die Konferenz zu stören!“, macht Georg Janßen gleich zu Beginn seiner Rede deutlich. Im Vorfeld der Demo war von Seiten des Landwirtschaftsministeriums befürchtet worden, es könne zu Krawallen kommen. Offensichtlich hätte man es gerne gesehen, wenn die Demonstration nicht hier, am „Tagungs-ort“, vorbeigezogen wäre. „Wir leben in einem Land, in dem wir uns versammeln und unsere Meinung kundtun dürfen. Das ist ein hohes Gut. In anderen Ländern werden Menschen dafür eingesperrt, verfolgt und sogar getötet“, so Janßen weiter und er fordert ein klares Bekenntnis der internationalen Agrarministerkonferenz zur universellen Gültigkeit der Menschenrechte. Beim Blick in die Gruppe der von ihren Traktoren abgestiegenen Bäuerinnen und Bauern fallen schnell die vielen jungen Menschen auf. „Sie alle kämpfen für eine – für ihre – Zukunft auf dem Land“, sagt Janßen und wendet sich gegen das immer weiter voran-

schreitende Landgrabbing durch landwirtschaftsferne Investoren.

33.000 Menschen

Während die Trecker weiter zum Washingtonplatz fahren, füllt sich dieser mit Menschen, die für eine andere Agrarpolitik, eine andere Landwirtschaft demonstrieren wollen. Am Ende werden 33.000 Menschen dem Aufruf des aus über 100 Verbänden und Organisationen bestehenden Wir-haben-es-satt-Bündnisses gefolgt sein. Bunt, vielfältig und friedlich ziehen Zehntausende durch die Straßen Berlins. Erneut am Wirtschaftsministerium und am Kanzleramt vorbei zum Brandenburger Tor. Auf der Bühne, während der Abschlusskundgebung, kommen viele Rednerinnen und Redner zu Wort. Der Bürgermeister aus Mals berichtet vom Pestizidverbot in seiner Gemeinde, der Vertreter der Wasserwerke fordert ein Ende des Gülletourismus. Alle wenden sich gegen die Agrarindustrie. Die Zerstörung des Regenwaldes für den Anbau von gentechnisch veränderter Soja wird ebenso angesprochen wie Dumpingexporte von Milchpulver nach Afrika, Landgrabbing, das Insektensterben, verlorene Biodiversität und das Tierwohl. „Schweine auf's Stroh, Rinder ins Freiland und Hühner mit Auslauf!“, fordert Mitorganisator Jochen Fritz.

Geballte Ladung

Ein locker formulierter Wunschzettel, könnte man meinen. Doch immer mehr Forderungen zu einem Umbau der Landwirtschaft finden Gehör, werden durch wissenschaftliche Gutachten gestützt. Immer deutlicher wird, auch durch die inzwischen seit acht Jahren stattfindende Demo, dass es einen gesellschaftlichen Konsens zum Umbau

der Landwirtschaft gibt und dieser auf die politische Agenda gerückt ist. Für viele konventionelle Bäuerinnen und Bauern kann das durchaus bedrohlich wirken. Da werden scheinbar plötzlich zahllose Anforderungen an sie gestellt, Anforderungen von zum Teil erheblichen finanziellen Dimensionen, wenn man an den Umbau von Ställen denkt. Mindestens ebenso groß aber sind die Anforderungen an eine Änderung des eigenen Lebensmodells. Ökonomische Vorgaben, Rationalisierung und Effizienzsteigerung spielen bei unternehmerischen Entscheidungen immer eine bedeutende Rolle. Die Landwirte aber als von der Wirtschaft Getriebene zu bezeichnen, die nicht hinter ihren Betriebsmodellen stehen, ist sicherlich falsch. Immer größere Ställe, chemischer Pflanzenschutz, der Bauer als Unternehmer, das ist Teil des Selbstverständnisses.

Gemeinsam verändern

Eine Spannung, die auch Kirsten Wosnitza ausdrückte und die so mancher Treckerfahrer spürte. Eine Kluft aber vor allem zwischen den Demonstranten in Berlin und vielen konventionellen Landwirten überall in Deutschland. Dass es den Organisatoren nicht um Verurteilung, Anprangern und Im-Stich-Lassen geht, sondern um einen gemeinsamen Systemwechsel, machte Jochen Fritz in seinem Statement deutlich: „Ich glaube, dass diese Demonstration ihnen [den konventionellen Landwirten] Kraft und Mut geben soll; dass die Bevölkerung und die Gesellschaft bereit ist, einen Weg mit ihnen zu gehen, mit artgerechter Tierhaltung und weniger Pestiziden. Wir verlieren so viele Höfe und haben auf der anderen Seite das Artensterben. Da müssen alle raus aus ihren Wagenburgen und miteinander reden!“

Tübingen und Passau

Rund 600 Menschen demonstrierten zeitgleich zur Demo in Berlin auch in Tübingen für eine andere, ökologischere Landwirtschaft. Organisiert hatten den Protest Studenten aus der Universitätsstadt. In Passau versammelten sich Ende Januar nach Angaben der Veranstalter 2.000 Menschen im Klostergarten der Stadt, um gegen Massentierhaltung, Glyphosat und die Industrialisierung der Landwirtschaft zu demonstrieren. Während im Klostergarten für eine ökologischere und bäuerliche Landwirtschaft demonstriert wurde, hielt Heimat- und Finanzminister Söder in der benachbarten Berufsschule seinen Neujahrsempfang.

„Will Ministerin für alle Betriebe sein“

Niedersachsens neue Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) zu Milch, GAP und Tierwohl

Unabhängige Bauernstimme: Sie sind Milchbäuerin. Die Mengen steigen, der Preis geht runter. Niedersachsen war zuletzt in der AMK mit ein Vorreiter bei dem Beschluss, mengensteuernde Maßnahmen auf politischer Ebene einzufordern. Werden Sie sich auch dafür einsetzen?

Barbara Otte-Kinast: Ich sehe das eigentlich so, dass der Markt den Preis bestimmt, und halte es grundsätzlich für problematisch, da einzugreifen. Bei den Agrarmärkten handelt es sich nun mal um volatile Märkte, nicht nur bei der Milch, auch beim Getreide und bei Schweinen. Forderungen nach Markteingriffen sehe ich daher kritisch. Stattdessen sehe ich die Aufgabe der Politik darin, die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass die Betriebe wirtschaftlich auf den Märkten klarkommen. Wir sind gerade dabei, bei unseren landeseigenen Förderprogrammen zu gucken, wie wir die Betriebe wirklich stärken können, beispielsweise im Hinblick auf die Düngeverordnung. Da stehen für viele jetzt Investitionen an, um Lagerkapazitäten zu erweitern und Ähnliches, da wollen wir unterstützen. Das ist nur ein Beispiel, es gibt noch diverse andere Instrumente. Und ich erwarte auch von der Branche, von den Molkereien und vom Handel, dass sie negativen Marktentwicklungen künftig besser entgegensteuern.

In Sachen Tierwohl gibt es derzeit widersprüchliche Signale von Ihnen: Zwar haben Sie betont, den Tierschutzplan, der ja noch von ihrem Parteikollegen Lindemann stammt, fortführen zu wollen, andererseits soll eine der deutlichsten Tierwohlmaßnahmen ihres grünen Vorgängers, die Ringelschwanzprämie, auf den Prüfstand. Was ist mit der Planungssicherheit?

Es geht einfach darum, zu prüfen, welche Maßnahmen wem etwas bringen und wie die Programme vor Ort umgesetzt werden. Das gilt für alle Bereiche, nicht nur für die Ringelschwanzprämie. Klar ist auch, der Tierschutzplan muss weiter umgesetzt werden, und ebenso wichtig ist die nationale Nutztierhaltungsstrategie im Bund. Da wollen wir uns als großes tierhaltendes Bundesland stärker einbringen. Wir müssen Tierschutz aber mit den Praktikern machen, das Ganze muss praktikabel sein und die Betriebe müssen trotzdem Geld verdienen. Wir wollen möglichst viele mitnehmen und gucken, wo es gut

läuft. Aber das Tierwohl liegt mir sehr am Herzen.

Bietet eine Prämie da nicht genau die Anreize für die Praxis?

Ja, und mir ist aufgefallen, dass dadurch Landwirte mehr miteinander ins Gespräch gekommen sind. Sie entwickeln neue Ideen, sind gut vernetzt und tauschen ihre Erfahrungen aus.



Barbara Otte-Kinast (CDU) bewirtschaftet mit ihrem Mann einen Milchviehbetrieb in Beber bei Bad Münder
Foto: ML

Eine weitere Baustelle ist Glyphosat: Sie begrüßten die Neuzulassung, andererseits thematisierten Sie mit Ihrem Ministerkollegen Lies vom Umweltsort ein Ausstiegsszenario. Wie geht es nun weiter?

Ich bin erstmal froh, dass endlich eine Entscheidung getroffen wurde und die Landwirte nun wissen, dass es weitergeht. Es ist aber auch klar, dass nach Alternativen gesucht werden muss, weil es in der Gesellschaft keine Akzeptanz für den Einsatz von Glyphosat gibt. Die Frage ist, wie kommen wir aus der Nummer raus? Man muss überlegen, wie der Einsatz weiter eingeschränkt werden kann. So sollte das Mittel nicht mehr an Privatkunden verkauft werden und nur noch an Landwirte, die die Sachkunde haben.

Glyphosat ist aber ja nicht nur eine Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz, sondern auch eines billigen, rationalisierten Ackerbausystems.

Ja, das sagen ja auch die Landwirte, und ich höre oft: „Macht es teurer, dann wird es auch nur da eingesetzt, wo nichts anderes mehr geht, in schwie-

rigen Jahren oder bei schwierigen Bedingungen.“ Bei guter Bodenbearbeitung braucht man es kaum. Es war bislang das leichte Mittel der Wahl. So etwas wie der Einsatz zum Erntezeitpunkt, das war unklug. Da muss auch der Berufsstand mit sich ins Gericht gehen.

Jetzt steht die Agrarreform auf europäischer Ebene an, der Vorschlag Niedersachsens zur GAP, der jetzt für die außerordentliche AMK auf dem Tisch lag, ist eher ein „Weiter so“ als ein Umsteuern, Erhalt der zwei Säulen, die erste unqualifiziert nach Hektarzahlen, richtig?

Ich halte aber die klassische Basisprämie der ersten Säule gerade für kleine und mittlere Betriebe für eine in vielen Fällen existenzsichernde Maßnahme. Viele kleinere Betriebe kommen ohne Direktzahlungen nicht aus. Ich warne davor, alle Zahlungen an zu viele Gegenleistungen zu binden, das ist gerade für Familienbetriebe schwer zu schaffen. Aber ganz ohne Gegenleistung für die Allgemeinheit wird man das nicht erklären können. In der zweiten Säule wollen wir mehr Agrarumweltmaßnahmen, mehr zum Erhalt der ländlichen Räume tun, auch für Tierschutz. Der spielt allerdings in Deutschland eine größere Rolle als in anderen europäischen Mitgliedsstaaten.

Sie haben Ihrem Vorgänger Meyer im Wahlkampf mal Klientelpolitik in Richtung Ökos vorgeworfen, machen Sie jetzt wieder Politik in Richtung konservativer landwirtschaftlicher Kräfte, die im Stall und auf dem Acker möglichst wenig Veränderung wollen? Man kann nie alles so lassen, wie es ist, und ich möchte eine Ministerin für alle Betriebe sein, das ist mir ganz wichtig. Ich habe mich jetzt gezielt mit Verbänden des Ökolandbaus getroffen, auch um zu erfahren, welche Forderungen es an die Politik gibt. Ich finde den Bereich sehr spannend und – wer weiß – vielleicht haben wir nächstes Jahr schon unseren Betrieb umgestellt [lacht]? Durch meine vorherige Tätigkeit als Landfrauenvorsitzende habe ich mit vielen Menschen auf dem Land diskutiert, mit Menschen aller Berufszweige, nicht nur aus der Landwirtschaft, das ist jetzt ein Vorteil. Ich komme aus einer anderen Rolle, werde überall unvoreingenommen eingeladen. Jetzt habe ich ein anderes Amt und muss sehen, wo die Probleme sind und wie ich sie sachgerecht lösen kann – mit allem Willen und aller Durchsetzungskraft.

Vielen Dank für das Gespräch! cs

Keine Weideprämie in Niedersachsen

Auch wenn die neue niedersächsische Landwirtschaftsministerin im Interview von einer Ausweitung der Agrarumweltmaßnahmen und von mehr Tierschutz spricht, so weisen ihre ersten Amtshandlungen doch in eine ganz andere Richtung. Schon unter ihrem Vorgänger Christian Meyer war klar, dass es keine Fortsetzung der Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete (AGZ) nach 2018 geben würde. Meyer hatte diese Zahlungen eingeführt und ihre Auszahlung auf Grünlandstandorte beschränkt. Geplant war, sie ab 2019 durch eine Weideprämie zu ersetzen. Diese hätte sich anders als die AGZ nicht an der Fläche, sondern an der Tierzahl als Berechnungsgröße orientiert. Den jetzt angekündigten Wegfall der Förderung kritisiert der Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Ottmar Ilchmann: „Gerade vor dem Hintergrund des wieder schwächelnden Milchmarktes sind diese Zahlungen für die Grünlandbetriebe unentbehrlich, ihr Wegfall ist ein verheerendes Signal.“ Gerade die geplante Weideprämie hätte mittelständische, bäuerliche Betriebe mit einer flächengebundenen Tierhaltung gefördert und eine gesellschaftlich hoch akzeptierte Haltung auf der Weide unterstützt, so die AbL weiter. Das offizielle Argument der neuen Landwirtschaftsministerin sind leere Kassen: „Bei meinem Amtsantritt habe ich eine Situation vorgefunden, in der bereits veranlasste Prämienanhebungen so viele Mittel für den Ökolandbau und die Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen binden, dass eine weitere Förderung durch die Ausgleichszulage schlichtweg nicht mehr finanzierbar ist“, so die Ministerin. Dabei hatte Vorgänger Meyer, so wird berichtet, bereits Abmachungen mit dem damaligen Finanzminister über zusätzliche Mittel in Höhe von 30 Mio. Euro. Im von der neuen Landesregierung diskutierten Nachtragshaushalt wurden diese aber nicht aufgeführt. Ilchmann fordert, diese Position zu überdenken. Auch der rot-schwarzen Landesregierung müsse der Erhalt der Weidetierhaltung und der bäuerlichen Betriebe etwas wert sein. mn

Fünf Jahre und dann Schluss?

Die Zukunft von Glyphosat ist ungewiß

Die einen feiern die erneute Zulassung des Totalherbizids, die anderen sind tief enttäuscht und erbost über die eigenmächtige Entscheidung des kommissarischen Bundeslandwirtschaftsministers. Christian Schmidt hatte auf EU-Ebene für eine erneute Zulassung gestimmt, obwohl die Bundesumweltministerin, Barbara Hendricks, sich gegen eine erneute Zulassung ausgesprochen hatte. Die Geschäftsordnung der Bundesregierung sieht in diesem Fall vor, dass sich der jeweilige Minister enthalten muss. Die eigenmächtige Entscheidung des Ministers führte zu Verstimmungen innerhalb der Regierung, belastet Koalitionsgespräche und hat vor allem dazu geführt, dass Glyphosat weitere fünf Jahre eingesetzt werden darf. Den Ankündigungen aus dem Landwirtschaftsministerium, Einschränkungen für die Verwendung insbesondere bei Privatanwendern und in der Vorernte zu erlassen, müssen jetzt Taten folgen. Allerdings kann auch dann die Landwirtschaft als wohl größter Abnehmer und Ausbringer weitgehend ungehindert ihre Stoppelparbeitung mit großflächigen Glyphosatspritzungen erledigen.

Den Ausstieg einleiten

Es scheint derzeit undenkbar, dass das Mittel in fünf Jahren erneut eine Zulassung erhält. Die gesellschaftliche Forderung nach einer pestizidreduzierten Landwirtschaft hat sich auf ein Glyphosatverbot fokussiert. Schon jetzt schwenken die ersten Handelsunternehmen ein und fordern einen glyphosatraien Anbau, verlangt die Molkerei Berchtesgadener von ihren Lieferanten, auf den Glyphosateinsatz zu verzichten. Sollen die Bauern den Unternehmen überlassen, zu entscheiden, was sie auf ihren Feldern tun? Wäre es nicht der richtige Zeitpunkt, offensiv nach vorne zu gehen und sich innerhalb des Berufsstands für einen geregelten Ausstieg einzusetzen? Einen Ausstieg, der sicherstellt, dass eventuelle Mehrkosten nicht zulasten der Erlöse der Landwirte gehen, sondern durch Preisaufschläge zu-

mindest aufgefangen werden. Glyphosat steht wie kaum ein anderes Mittel für die Industrialisierung der Landwirtschaft. Auch wenn es nicht nur von Großbetrieben angewendet wird, so steht sein fest in der Fruchtfolge eingeplanter Einsatz doch für einen Produktionsprozess gegen die Natur anstatt mit ihr. Boden wird in dieser Betrachtung schnell zum bloßen Stützmedium. Die weitreichenden Erkenntnisse über die Einflüsse des Totalherbizids auf das Bodenleben, die Bakterienzusammensetzung und die Verfügbarkeit von Mikronährstoffen werden nicht weiter beachtet. Schon bei selektiv wirkenden Herbiziden kann es schwerfallen, von Pflanzenschutzmitteln zu sprechen. Bei Glyphosat wird diese Aussage schlichtweg falsch.

Frankreich steigt aus

In Frankreich soll jeglicher Verbrauch von Glyphosat bis 2022 verboten werden. Das äußerte Premierminister Christoph Castaner schon im Vorfeld der erneuten Zulassung. In der Folge demonstrierten französische Bauern auf den Champs-Élysée in Paris, weil sie wirtschaftliche Nachteile gegenüber Konkurrenten aus dem Ausland befürchteten. Die klare Ansage mit zeitlicher Perspektive ermöglicht es aber, alternative Konzepte zu entwickeln: zum einen im Ackerbau und zum anderen in der Vermarktung. In Deutschland fehlen bisher vergleichbare Ankündigungen, es gibt keine verlässlichen Aussagen für die Zeit nach 2022. Der Brückenschluss zwischen landwirtschaftlicher Realität und gesellschaftlichen Forderungen wird sich aber nicht ohne Zutun der Beteiligten einstellen. Einmal mehr ist es die Umweltministerin, die Weichenstellungen, die eine drastische Pestizidreduktion verlangt. Es ist Zeit für einen Landwirtschaftsminister, der den Umbau der Landwirtschaft einleitet und dann auch aktiv begleitet. 1111

Für industrielle Landwirtschaft

„Brasilien leidet unter dem Stigma, dass unsere Viehhaltung schlecht ist“, sagte der brasilianische Landwirtschaftsminister Blairo Maggi im Januar in Berlin. Er war einer der Redner im Auftaktpanel des Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) und der anschließenden internationalen Agrarministerkonferenz. „Das ist Vergangenheit. Jetzt haben wir wissenschaftliche Erkenntnisse, die zeigen, dass wir klimaneutral Fleisch produzieren können“, so der Landwirtschaftsminister. Er nutzte seine Redezeit ausschließlich dafür, um aufzuzeigen, wie wenig Regenwald in seinem Land abgeholzt, während die Fleischerzeugung um ein Vielfaches ausgeweitet worden sei. International herrschten Vorurteile gegenüber der brasilianischen Landwirtschaft. Insbesondere der globale Norden sei hier tonangebend. Peter Bleser, Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, bedankte sich bei Maggi für die Fakten und sagte, das könne Vorurteile in der Bevölkerung ausräumen. Auf das anstehende und kritisch gesehene Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, auf die jüngsten brasilianischen Gammelfleischskandale oder die Zwangsräumungen von Landlosen in Brasilien wurde nicht eingegangen. Dennoch haben beide das abschließende GFFA-Kommuniqué 2018 der internationalen Agrarministerkonferenz unterzeichnet, in dem zur Ausrichtung der globalen Tierhaltung u. a. steht: „(...), wobei der sozialen und der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit besondere Aufmerksamkeit gebührt, wodurch auch gewährleistet wird, dass diese Erzeugung klimafreundlich und tiergerecht ist.“ Die Verteidigungsstrategie von Maggi und Bleser während des gesamten Panels ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, dass die Demo „Wir haben es satt“ angekündigt hatte, die internationale Agrarministerkonferenz sowohl mit den Treckerfahrern als auch zu Fuß zu besuchen. bet

Tierhaltung in Entwicklungsländern

Die Tierhaltung ist eine Hauptquelle für das Einkommen insbesondere der Bevölkerung in armen Ländern. Diese Kernaussage zog sich durch das gesamte Panel des Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) zum Thema „Nachhaltige Lösungen für die Tierhaltung“. Der kenianische Abteilungsleiter im Landwirtschaftsministerium, Robin Mbae, stellte die Bedeutung der lokalen und nationalen Tierhaltung für sein Land immer wieder heraus und skizzierte etwa die Herausforderungen durch den Klimawandel in seinem Land. Sein Kollege aus Gambia saß im Publikum und unterstrich mit einer Wortmeldung, dass sich auch in seinem Land die Frage stellt, wie die Tierhaltung vor Ort ausgebaut werden kann. „1,8 Milliarden Menschen sind direkt oder indirekt von der Tierhaltung abhängig“, sagte Fritz Schneider von der Global Agenda for Sustainable Livestock. „Die Armut kann ohne Tierhaltung nicht beendet werden.“ Aber auch für die Bekämpfung der sich insbesondere in Entwicklungsländern ausbreitenden Mangelernährung ist die Tierhaltung wichtig. „156 Millionen Kinder unter fünf Jahren leiden an Mangelernährung, weil sie keine tierischen Lebensmittel erhalten und erleiden deshalb irreparable Fehlentwicklungen“, sagte Lora Iannotti, Professorin der Washington University in St. Louis, USA. Auch für die Bekämpfung dieser Mangelernährung sei der lokale Ausbau der Tierhaltung, der Zugang zu tierischen Erzeugnissen und zu Ernährungswissen notwendig. Dass in dem Import von tierischen Erzeugnissen etwa aus Europa die Lösung für die Armutsbekämpfung gesehen werden könnte, behauptete in diesem Panel niemand. bet



Demonstranten vor dem Wirtschaftsministerium beim int. Agrarministertreffen mit Treckern und gegen Glyphosat
Foto: Nürnberger

Grünlandbetonte Milchviehfütterung unter der Lupe

Studie untersucht Zusammenhang von wenig Kraftfuttereinsatz, Wirtschaftlichkeit und artenreichem Grünland

Es gibt sie, die Milchviehbetriebe, die aus ganz eigenen Gründen bewusst auf fast ausschließlich grünlandbasierte Fütterung setzen. Damit gehen sie z. T. schon seit langem einen ganz anderen Weg als im mittlerweile gängigen Verfahren mit hohem Kraftfuttereinsatz eine möglichst hohe Milchleistung zu erreichen. Doch welche unterschiedlichen Systeme und Strategien kraftfutterarmer Milchviehfütterung gibt es in der Praxis? Wie wirtschaftlich sind sie im Vergleich zur Milchviehhaltung mit höherem Kraftfuttereinsatz? Dazu hatte das Kasseler Institut für ländliche Entwicklung für eine im Jahr 2016 veröffentlichte Studie 52 Bio-Milchviehbetriebe mit einem auf 500 kg pro Kuh und Jahr begrenzten Kraftfuttereinsatz untersucht. Nun ist im November 2017 ein zweites Forschungsprojekt zur kraftfutterarmen Milchviehhaltung gestartet, um noch umfassender die Vor- und Nachteile verschiedener kraftfutterarmer Produktionssysteme von konventionellen und ökologischen Milchviehbetrieben hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit zu beleuchten – jetzt aber zusätzlich auch mit forschendem Blick auf die Grünlandnutzung und Artenvielfalt. Steht die kraftfutterarme Milchviehhaltung grundsätzlich in einem Bezug zur Artenvielfalt auf dem Grünland und ist sie deshalb besonders geeignet, diese zu fördern und zu verbessern – unter der Voraussetzung, dass sie gleich-

zeitig auch die Wirtschaftlichkeit der Milchviehbetriebe sichern kann?

Wirtschaftlich tragfähig

Die Vorläuferuntersuchung hatte vor allem aufgezeigt, dass die kraftfutterarme Milchviehfütterung durchaus eine wirtschaftlich tragfähige Strategie für Milchviehbetriebe sein kann. Es wurde beschrieben, wie solche Betriebe organisiert sind, welche ihre Motive sind und welche Erfahrungen damit gemacht werden. Ihre Wirtschaftsergebnisse waren im Vergleich erstaunlich positiv, selbst das Arbeitseinkommen lag höher als beim Durchschnitt der Öko-Milchviehbetriebe und der Gruppe der spezialisierten Milchviehbetriebe (siehe Tabelle). Mit wissenschaftlich fundierten Zahlen konnte das Potential abseits von höchstem Kraftfuttereinsatz und Milchleistungen gezeigt werden. Ein Betriebsleiter erklärte es so: „Dadurch haben wir uns hauptsächlich der guten Qualität des Grundfutters verschrieben, mit Unterdachtrocknung von Heu und Grünfütterung im Sommer im Stall und auf der Weide, und versuchen so, die Milch möglichst kostengünstig zu erzeugen.“

Hohe Strukturvielfalt im Grünland

Auch wenn es kein erklärtes Untersuchungsziel war – die Ergebnisse von 2016 zeigten außerdem wichtige Indikatoren dafür, dass kraftfutterarme Systeme den aktuellen Gefährdungen der Grünlandbiodiversität entgegenwirken könnten. Als Konsequenz des



Vielfältige Grünlandnutzung ist auch im Sinne der Kuh

Foto: Archiv

| Vergleichsgruppe | Einkommen (Gewinn + Personalaufwand) in Euro je | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------|----------|--------------|
| | Kuh | kg Milch | Arbeitskraft |
| 52 Untersuchungsbetriebe <small>(Wirtschaftsjahr 2011/12 und 2013/14, Öko)</small> | 1.064 | 0,21 | 24.502 |
| Spezialisierte Milchviehbetriebe in Deutschland <small>(INLB – Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen der EU, WJ 2011/12)</small> | 663 | 0,09 | 21.381 |
| Öko-Futterbau <small>(Testbetriebe Bundeslandwirtschaftsministerium, WJ 2012/13)</small> | 932 | 0,16 | 21.964 |

Wirtschaftlichkeit des Produktionszweiges Milch – Ergebnis eines Systemvergleichs, 2016

geringen Kraftfuttereinsatzes hatten sich viele der untersuchten Betriebe auf eine möglichst vielfältige Nutzung der Grünlandflächen mit hohem Weideanteil ausgerichtet, was sich wiederum positiv auf die Artenvielfalt der Grünlandvegetation auswirken kann. Milchkühe und Jungvieh werden in diesen Betrieben nicht mit dem Ziel hoher Milchleistung gezüchtet, sondern mit Blick auf ihre Fähigkeit, viel Grundfutter aufnehmen und zu möglichst viel Milch verwerten zu können. Die wichtigste Futterquelle im Winter, aber auch auf sommertrockenen Standorten, waren Frischgras, Silage und Heu. Die Milchviehbetriebe waren also in allen Jahresperioden auf Gras als wichtigste Futtergrundlage angewiesen, was wiederum eine hohe Strukturvielfalt unter den Grünlandflächen mit extensiv und intensiv geführten Weiden, Mähwiesen und Wiesen erwarten lässt. Ein deutlich geringerer Viehbesatz pro Hektar lässt einen geringeren Nährstoffeintrag ver-

muten, der der Vielfalt von Grünlandpflanzenarten ebenfalls sehr entgegenkommen würde. Das aktuelle Nachfolgeprojekt läuft deshalb im Forschungsverbund mit dem Grünlandwissenschaftler Prof. Johannes Isselstein von der Universität Göttingen und wird gefördert vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Bei einem Teil der beteiligten Milchviehbetriebe werden botanische Erhebungen durch die Uni Göttingen vorgenommen. Aufbauend auf der Untersuchung der Artenvielfalt der Grünlandflächen wird die Leistung des Grünlandes für den Betriebszweig Milch und in Zusammenhang mit der Artenvielfalt bewertet. Die Ergebnisse werden anschließend mit denen intensiv wirtschaftender Milchviehbetriebe verglichen.

Karin Jürgens und Onno Poppinga,
Kasseler Institut für ländliche Entwicklung

Milchviehbetriebe gesucht

Für das Forschungsprojekt suchen wir dringend noch Milchviehbetriebe mit kraftfutterarmer Fütterung – unbedingt auch möglichst viele konventionelle. Für Ihre Mithilfe können wir Ihnen eine Aufwandsentschädigung von 50 Euro als Dankeschön bieten. Auf den Untersuchungsbetrieben ist eine zwei- bis dreistündige Befragung vorgesehen, bei der wir wichtige betriebliche Kennzahlen zur Struktur, Milchviehhaltung und Grünlandbewirtschaftung und zudem die notwendigen Buchführungsdaten erfassen wollen. Die ersten Erhebungen sind in Süddeutschland im Februar/März 2018 geplant. Die Milchviehbetriebe sollten Dauergrünland bewirtschaften und möglichst weniger als 150 Gramm Kraftfutter pro kg erzeugter Milch einsetzen. Wie bereits beim letzten Projekt sind auch jetzt wieder eintägige Tagungen mit den beteiligten Milchbauern und Milchbäuerinnen in den drei Untersuchungsregionen Nord-, Ost und Süddeutschland geplant, um die wissenschaftlichen Zahlen vor dem Hintergrund ihrer Praxiserfahrungen gemeinsam einzuordnen. Dies ist uns sehr wichtig, weil am Ende des dreijährigen Projektes auch Empfehlungen für passende politische Instrumente und Maßnahmen zur Förderung der Verbreitung dieser Wirtschaftsweise stehen und Ideen für Anschlussmöglichkeiten an etablierte und neue geeignete Erzeuger- und Vermarktungsinitiativen erarbeitet werden sollen. Wir freuen uns auf Rückmeldung und Unterstützung!

Kontakt: Kasseler Institut für ländliche Entwicklung, Projektbüro Gleichen, Dr. Karin Jürgens, Tel. 05592/927567, kj@agrarsociologie.de oder Prof. Onno Poppinga, Tel. 05673/3540, rondopopp@t-online.de

Selbsthilfe oder Selbstbetrug?

Konträre Diskussion auf dem Symposium des BDM

Sehr unterschiedlich waren die Vorstellungen zur Ausgestaltung einer möglichen Branchenorganisation (BO) Milch auf dem Symposium des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) am 20. Januar in Berlin. Dort trafen sich rund 1.000 Milchbauern und -bäuerinnen und nahmen sich des Themas unter dem Programmpunkt „Branchenorganisation – Selbsthilfe oder Selbstbetrug?“ an, um es durch Impulsreferate mit anschließender Podiumsdiskussion zu beleuchten. Der Geschäftsführer der schweizerischen BO Milch, Stefan Kohler, erklärte deren Entstehung auf politischen Druck hin – nach Auslaufen der schweizerischen Milchquotierung vor neun Jahren und anschließenden chaotischen Verhältnissen: „Die BO umfasst alle Wertschöpfungsstufen; da geht es um den kleinsten gemeinsamen Nenner.“ Eingeführt wurde die Segmentierung der Milchmenge pro Betrieb in A-, B- und C-Milch, um nach Verwertungsmöglichkeiten zu unterscheiden, sowie die Festlegung von Richtpreisen. „Die Milchmenge haben wir trotzdem nicht vollständig im Griff“, gab Kohler zu.

Mengen steuerbar?

In Deutschland ist Thomas Stürtz Vorsitzender der Anfang 2017 gegründeten Interessengemeinschaft Genossenschaftliche Milchwirtschaft (IGM). Sie hätten eine Weiterentwicklung zu einer BO geprüft – insbesondere auf die Möglichkeit hin, Vereinbarungen auf Grundlage der EU-Agrarmarktordnung staatlich für allgemein verbindlich erklären zu lassen. „Aber gerade Mengen und Preise dürften

nicht gestaltet werden“, so Stürtz im Hinblick auf den Wunsch nach einer Marktsteuerung im Krisenfall. Dem widersprach ebenso erfrischend wie unterschieden Kees de Vries, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt: „Es ist sehr wohl möglich, eine Mengenregulierung einzuführen.“ Was es nicht gebe, könne man ja schaffen. Dazu stellte er seine Idee einer neuen, flexiblen Milchkontingentierung auf Erzeugerebene (AMIKO) vor. Sie solle in Hochpreisphasen durch eine europäische BO erhöht und bei Preiskrisen linear gekürzt werden. Ziel sei es, die enorme Volatilität aus dem Markt zu nehmen. Den Weg zu einer wirksamen Mengensteuerung sehe er jedoch als Prozess, der mindestens noch eine nächste Milchpreiskrise erleben werde.

Erzeuger handlungsfähig machen

Umso mehr drängte Martin Haab von der Milcherzeugerorganisation BIG-M Schweiz auf endlich konkrete Umsetzung marktstabilisierender Konzepte. Und er verwies aus schweizerischer Erfahrung darauf, wie wichtig es bei der Zusammensetzung einer Branchenorganisation sei, die Position der Milcherzeuger unabhängig von Verarbeitern und Milchkäufern zu stärken. „Unsere BO soll laut Satzung der Stärkung der Wirtschaftlichkeit ihrer Mitgliedsorganisationen dienen. Die Milcherzeuger schrieben in den letzten acht Jahren rote Zahlen; den Verarbeitern geht es ganz gut.“ Doch wer kann konkret etwas tun – in einer Zeit, in der sich sinkende Milchpreise ankündigen? Es folgte ein politisches Podium mit Vertretern aller Bundestagsparteien. Dazu kommentierte Ottmar Ilchmann, Milchviehhalter aus Ostfriesland und Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Niedersachsen: „Natürlich muss da grundsätzlich und politisch was passieren – aber es wurde seit der letzten Krise viel Zeit vergeudet. So schnell wie nötig kann Politik gar nicht mehr reagieren; es geht aktuell um Wochen! D. h. im Moment sind ausdrücklich die Molkereien gefragt: Sie allein könnten ganz kurzfristig Mengen regulierende Maßnahmen umsetzen, z. B. Bonus-Malus-Systeme, wie sie im letzten Jahr vereinzelt erprobt wurden.“ cw

Die EU-Agrarmarktordnung

in Auszügen: Artikel 164 der Gemeinsamen Agrarmarktordnung der EU verfügt: „Wird (...) ein anerkannter Branchenverband (...) als repräsentativ angesehen (...), kann der betreffende Mitgliedstaat auf Antrag dieser Organisation bestimmte Vereinbarungen, Beschlüsse oder aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen der Organisation (...) befristet [allgemein] verbindlich vorschreiben.“ Die Regelungen müssen sich dabei auf einen Katalog von Zielen beziehen, darunter neben „a) Meldung der Erzeugung und der Marktgegebenheiten“ auch „c) die Erstellung von Musterverträgen, die mit dem Unionsrecht vereinbar sind“. Für Milch wurde gerade über die sogenannte Omnibus-Verordnung der Artikel 148 geändert, so dass nun auch Erzeuger fordern können, Preise und Mengen gekoppelt vertraglich festzulegen. cw

Preisverfall erwartet

Die Milchpreise werden zu Beginn des Jahres wohl wieder fallen. Als erste Molkerei hat das DMK eine Preissenkung um fünf Cent angekündigt. FrieslandCampina hatte seinen Lieferanten angekündigt, erneut ein Bonus-Malus-Verfahren einzuführen, sollten die Milchanlieferungen weiter steigen. Konkret umgesetzt hat ein solches System zur aktiven Mengenregulierung die österreichische Berglandmilch. Dabei setzt die Molkerei auf ein reines Bonussystem, das jeden Liter Milch, der gegenüber dem Vorjahreszeitraum weniger geliefert wird, mit zehn Cent vergütet. Maximal zehn Prozent der zum Vergleichszeitraum weniger gelieferten Milch können so vergütet werden. Das Programm läuft bis Ende Juni. mn

Pulver macht Sorge

Die Lagerbestände der EU belaufen sich auf derzeit ca. 380.000 Tonnen Magermilchpulver. Deutlich verschärfen könnte sich die Preissituation, wenn die EU-Kommission sich entscheidet, das im vergangenen Jahr im Rahmen der Intervention aufgekaufte Milchpulver auf den Markt zu bringen. Hans Foldenhauer vom BDM schlug aus Sorge um einen erneuten Verfall der Milchpreise eine thermische Verwertung des Pulvers vor. Doch selbst wenn dies ökonomisch sinnvoll erscheint, bleibt eine derartige „Entsorgung“ von Lebensmitteln ethisch doch höchst fragwürdig. mn

Humanere Schlachtung für McDonald's-Hühner

Die Fastfoodkette will, dass Haltungsbedingungen und Schlachtung der an McDonald's gelieferten Hühner bis 2024 maßgeblich verbessert werden. In einem ersten Schritt müssen die Lieferanten, darunter Tyson Foods Inc. und Cargill, auf die Tötung der Hühner durch Gas umstellen. Die Betäubung durch Elektroschocks ist oft unzureichend, so dass die Hühner bei vollem Bewusstsein geschlachtet werden. Über ein Acht-Punkte-Programm sollen Faktoren wie Zucht, Haltungsdichte und Wachstumszeit verbessert werden, ohne die Wirtschaftlichkeit zu beeinträchtigen. Bereits seit dem vergangenen Jahr sollen für McDonald's produzierte Hühner nicht mit Antibiotika behandelt werden, die in der Humanmedizin Anwendung finden. ml



Am 24.1.2018 besichtigte der Vorstand des European Milk Board (EMB) gemeinsam mit EU-Politikern das Milchpulverlager Vincent Logistics im belgischen Herstal. Aktuell lagern dort 12.600 Tonnen Milchpulversäcke. Insgesamt sind die Lager der EU-Intervention mit zur Zeit knapp 380.000 Tonnen übertoll. Die Intervention sei kein vollwertiges Kriseninstrument, um einen chronisch instabilen Markt im Gleichgewicht zu halten, so Romuald Schaber, Präsident des EMB. Foto: EMB

Erweiterung bei Biofleisch NRW

Die Biofleisch NRW eG baut am Standort ihres Zerlege- und Weiterverarbeitungsbetriebes in Bergkamen an einer Erweiterung. Am 21. November 2017 trafen sich Genossenschaftsmitglieder zur Grundsteinlegung. Bio boomt und so ist die Erweiterung eine Konsequenz der steigenden Nachfrage. Die Versorgung mit hochwertigen und regional erzeugten Biofleischprodukten in NRW soll so noch ausgeweitet werden. Die Erzeugergenossenschaft ist als Pionier in der Branche seit 2001 aktiv. Zu dem Erzeugerzusammenschluss gehören heute mehr als 100 landwirtschaftliche Betriebe aus Westfalen. Im Betrieb wird auch seit langem für Neuland zerlegt, das Vermarktungsprogramm für Fleisch aus besonders artgerechter und umweltschonender Tierhaltung. *cw*

Einfuhr dreifach resistenter Sojabohnen

Ende 2017 hat die EU-Kommission sechs gentechnisch veränderte (GV) Pflanzen zum Import als Lebens- und Futtermittel zugelassen. Vier Soja-Sorten, einen Raps und einen Mais. Insbesondere zwei der GV-Sojasorten sind umstritten, weil sie gleich 3-fach mit Herbizidresistenzen verändert worden sind. Es ist das erste Mal, dass dreifachresistente Pflanzen zum Import in die EU zugelassen werden. Die Bayer-Soja „Balance Bean“ (FG72 x A5547-127) ist gegen Glyphosat, Glufosinat und Isoxaflutol resistent. „Enlist“ von Dow-DuPont (DAS-44406-6) gegen Glyphosat, Glufosinat und 2-4-D. Alle drei Herbizide stehen unter Verdacht, gesundheitsschädlich (krebserregend oder Schädigung menschlicher Embryonen) zu sein oder sind so offiziell eingestuft. Die Organisation Testbiotech hat die Zulassungsunterlagen im Detail analysiert und drei große Lücken bei der Risikoprüfung festgestellt: Die Bayer-Soja ist nicht unter Praxisbedingungen getestet worden (z.T. erheblich geringere Spritzmitteldosierungen und weniger als praxisüblich). Zudem wurden keine Fütterungsstudien durchgeführt. Dow hat zwar Fütterungsversuche durchgeführt, allerdings mit deutlich geringer belasteten Sojabohnen als praxisüblich. Bei beiden GV-Soja-Linien fehlen Daten zu den erwarteten Rückstandsmengen der Wirkstoffe und deren Abbauprodukten, genauso wie der Netzmittel und Zusatzstoffe. Auch die Kombinationswirkungen wurden nicht getestet. Zwar stellte die EFSA 2015 selber fest, dass die eingereichten Daten und Untersuchungen unzureichend sind, trotzdem erteilte sie den GV-Bohnen eine positive Stellungnahme. Obwohl eine Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten die Importzulassung ablehnte, ebenso wie eine große Mehrheit des Europäischen Parlaments, winkte die EU-Kommission die Sojalinien zum Import durch. *av*

BMEL will keine Haltungskennzeichnung

Nun wollen sie in der geschäftsführenden Bundesregierung nichts mehr von einer verpflichtenden Haltungskennzeichnung wissen. Noch vor drei Monaten hatten sich in den nicht an Landwirtschaftsthemen gescheiterten Sondierungsgesprächen CDU/CSU, FDP und Grüne viel weitgehender geeinigt: „Das zunächst freiwillige, staatliche Tierwohllabel wollen wir noch innerhalb der Legislatur zu einer verbindlichen europarechtskonformen Haltungskennzeichnung weiterentwickeln.“ Nun hat die Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann (Linke) am 22. Januar eine Anfrage an die Regierung gerichtet, wann diese dem Bundestag einen Vorschlag für eine verpflichtende, staatliche Haltungskennzeichnung für Fleischprodukte vorlegen werde. Peter Bleser, der Parlamentarische Staatssekretär (CDU) des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL), antwortete: „Die Bundesregierung beabsichtigt derzeit nicht, eine verpflichtende Haltungskennzeichnung für Fleischprodukte einzuführen.“ Bei Fleisch wäre ein „erheblicher Aufwand nötig, um geeignete Haltungformen zu definieren, die (...) kontrolliert werden könnten“. Es solle bei der „Schaffung eines freiwilligen, mehrstufigen, staatlichen Tierwohllabels“ bleiben, dessen Kriterien, „sich nicht nur auf die Haltungform beziehen, sondern auch tierbezogene und managementbezogene Faktoren umfassen“. *cv*

Recht auf Ökolandbau

Ein Biobauer führt Präzedenzprozess in Sachen Pestizidabdrift

Eigentlich will er ein Vermittler sein zwischen konventioneller und Biolandwirtschaft, möchte gerne „innovative Kräfte des ökologischen und konventionellen Landbaus“ in einem Projekt, für das er EU-Fördermittel beantragt hat, bündeln. Umso bitterer ist, dass ausgerechnet Hartmut Böhner als Biobauer einen juristischen Präzedenzfall in Sachen Pestizidabdrift gegen konventionelle Berufskollegen ausficht. Böhner baut auf seinem 130 ha großen Biobetrieb im ostwestfälischen Lichtenau Getreide und Feldgemüse für den Vertrieb an größere Lebensmittelhändler an. Im Jahr 2013 wurden in der Ernte erhöhte Mengen des Wirkstoffs Pendimethalin gefunden, obwohl noch wenige Wochen vorher die Untersuchung des stehenden Bestandes einwandfrei war. Die Händler verweigerten die Abnahme des Gemüses, Böhner stoppte die Ernte und ließ nach Selbstanzeige weitere Untersuchungen vornehmen: Das Bild ergab einen Eintrag von außerhalb, die Belastung nahm von den Feldrändern zur Mitte hin ab. Auf Böhners Anfrage bei den konventionellen Nachbarn gaben diese damals noch bereitwillig Auskunft, im fraglichen Zeitraum tatsächlich Mittel, die den Wirkstoff enthalten, eingesetzt zu haben. Ein Gutachter erkannte aufgrund ihrer Angaben und der anhand der Wetterdaten nachvollzogenen Windverhältnisse bei drei konventionell wirtschaftenden Nachbarn eine vollständige Kausalkette. Böhmer verklagte diese, aber auch drei weitere Nachbarn, die das entsprechende Pestizid eingesetzt hatten, auf Schadensersatz in einer Gesamthöhe von mehr als 60.000 Euro für die entgangenen Einnahmen und die Untersuchungskosten. Das Landgericht Pa-

derborn wies die Klage in erster Instanz zurück, weil es nicht für zweifelsfrei erwiesen hielt, wer für den Schaden an Staudensellerie und Co. verantwortlich war. In der Berufung vor dem Oberlandesgericht (OLG) in Hamm reduzierte der Bauer die Klage auf die drei Nachbarn, bei denen aus Sicht des Gutachters alles zweifelsfrei gepasst hatte: Lage, Windrichtung, Zeitpunkt. Das OLG beschloss eine erneute Beweisaufnahme. Ein zweiter Gutachter soll nochmals prüfen, ob sich eindeutig Verursacher ausmachen lassen oder ob man von diffusen Eintragsquellen über Fernabdrift oder ähnliches ausgehen muss. Dabei müssen erneut konventionell wirtschaftende Nachbarn zu ihrem Pestizideinsatz befragt werden. Offenbar aufgrund der ihnen von der Fachberatung empfohlenen Zurückhaltung sind sie inzwischen weniger auskunftsfreudig und berufen sich auf die inzwischen abgelaufene Aufzeichnungspflicht von drei Jahren. Die Stimmung in der Nachbarschaft sei schlechter geworden, bedauert Böhmer. Ihm geht es nicht darum, einzelne Berufskollegen anzuprangern, sondern darum, auf ein – auf dem nicht unerheblichen Einsatz von Pestiziden basierendes – System hinzuweisen, das eine Koexistenz von Ökolandbau und konventioneller Landwirtschaft schwierig macht. Bestätigt sieht er sich vom OLG-Richter, der ihm ein grundsätzliches Recht auf Ökolandbau ohne Beeinträchtigung durch fremde Stoffe zuerkannte. Das Gericht schlug den Parteien zunächst einen Vergleich vor, den aber beide Seiten ablehnten. Böhmer hatte viel Unterstützung dafür erhalten, den Prozess weiter zu führen, um diese grundsätzliche Frage der Landwirtschaft klären zu lassen. *cs*



160 Trecker, die zum Teil Tage unterwegs sind nach Berlin, das geht nicht ganz ohne Pleiten, Pech und Pannen. Da gab es einen Schlepper, der unterwegs liegen blieb. Eine Kneifzange im Reifen eines anderen wurde am Abend vor der Demo entdeckt. Ein ziemlich kapitaler Schaden am Motor eines weiteren Trackers machen einen Speditionstransport in die heimatliche Werkstatt notwendig. O-Ton des Bauern: „Wenn die Leute hier nicht alle so nett wären, würde ich heulen.“ Wer neben der ideellen auch materielle Unterstützung leisten will, wende sich bitte an Treckerkoordinator Phillip Brändle (Tel: 0163-9709645 oder per mail: braendle@wir-haben-es-satt.de). Foto: Nürnberger

Betriebsspiegel:

20 Pensionspferde,
26 Mutterschafe plus Nachzucht;
30 ha Ackergras zur Heugewinnung,
10 ha Naturwiese,
12 ha Getreide

Als ich Ende der 90er Jahre aus dem ländlichen Niedersachsen zum Studium nach Berlin zog, hätte ich es mir nicht träumen lassen, dass ich hier das Glück meines Lebens finden würde. Ich war gekommen, um wieder zu gehen; schließlich wollte ich schon als Kind Bäuerin werden – oder zumindest einen Bauern heiraten. Und zwar so richtig mit Kuhstall, Diele, Gummistiefeln und Trecker. Dass das in Berlin wohl nicht klappen würde, war klar.

Mein Pferd brachte ich in einem Pensionsstall in Blankenfelde unter, das war aus dem Wedding der kürzeste Weg raus auf's Dorf. Der Betrieb war kleinbäuerlich strukturiert und in der Ernte war jede helfende Hand willkommen. Nach zwei Saisons Heu stapeln auf dem kochenden Heuboden war ich aufgestiegen: Ich durfte mit dem Traktor des Nachbarbauern – einem beson-

nenen Junggesellen – Heu wenden und schwaden. Zwar war ich ein Kind vom Dorf, hatte aber außer auf dem Behelfssozius des schon damals alten Internationals meines Großonkels noch nie auf einem Trecker gesessen. „Nur Mut“, grinste der Junggeselle, „und Hauptsache, nicht gegen den Zaun schwaden“. Es war um uns beide geschehen: Nach zwei weiteren Heuernten führte mich der Junggeselle vor den Altar der Blankenfelder Dorfkirche. Ich war tatsächlich Bäuerin geworden – in Berlin!

Wenn ich heute in meine alte Heimat fahre, entdecke ich jedes Mal wieder neue, langgezogene rotgeklinkerte Stallgebäude, die sich klammheimlich in die Landschaft schleichen. Außerdem große grüne ballonartige Gebilde mit rundherum Mais, Mais, Mais, wo zuvor auf alten Wiesen schwarz-bunte Rindviecher genüsslich wiederkäuten. Vorbei die Zeit der ohrenbetäubenden Schreie von hungrigen Schweinen zur Futterzeit und der gemächlich, aber zielsicher Richtung Melkstand trottenen Milchkühe auf der Dorfstraße. Dank moderner Futterautomaten muss

das moderne Schwein nicht stundenlang auf's Futter warten und Milchkühe bleiben schön behütet tagein, tagaus im Stall. Auch höre ich von meinen Eltern, welcher Kleinbauer nun wieder seinen Betrieb aufgegeben hat: „Kein Hofnachfolger“, „Ackerland anderweitig verpachtet“, und am häufigsten: „Der is tau lütt worden“ – der ist zu klein geworden. Das erinnert ein wenig an die plattdeutsche Umschreibung eines Todesfalls: „Der is weg bleven“ – der ist weg geblieben ...

Nicht weg geblieben sind am vergangenen Wochenende die vielen Bäuerinnen und Bauern, die dem Demoaufzug „Wir haben es satt!“ gefolgt sind. Sie haben irgendwie eine Vertretung für ihre Höfe organisiert und sind nach Berlin-Blankenfelde gefahren, um für die Agrarwende zu kämpfen. Auch ich fuhr Freitagmittag genüsslich mit unserem zwölf Jahre alten Zetor und dem brandneuen Banner „Agrarwende jetzt! ... und einfach mal die Sau rauslassen“ durch's Dorf, parkte den Trecker auf dem noch leeren StadtGut und trug mich in die dafür vorgesehene Liste ein:

Entfernung aus Blankenfelde 500 Meter, Fahrtzeit 3,5 Minuten. Mein Mann traf etwa eine Stunde nach mir ein und schrieb: 500 Meter, 2,5 Minuten. Schließlich hatte er unseren brandneuen Claas Arion zu dessen Jungfernfahrt gesattelt.

An diesem langen Abend sollten sich noch viele ankommende Traktoristen in die Liste eintragen: Entfernung aus Meißen 180 km, Fahrtzeit 6 Std.; Entfernung aus Mistorf 240 km, Fahrtzeit 7,5 Std.; Entfernung aus Alsfeld 520 km, Fahrtzeit 18,5 Std.; Entfernung aus Augsburg 670 km, Fahrtzeit 23 Std.

Ich war zum ersten Mal mit dem Trecker dabei, obwohl ich schon seit einigen Jahren in der Küche bei der Demovorbereitung mitgeholfen hatte. Zu groß war bislang mein Respekt vor großen Menschenansammlungen gewesen. Vielmehr hatten wir uns tagelang vorher Gedanken gemacht: Ob das Essen reicht? Haben wir genug Schlafplätze? Und vor allem: Reicht das Bier?

Die Traktoren waren allesamt kunterbunt geschmückt. Markige Sprüche wie „Schmidtchen-schleich-dich“, „Wir haben's glyphosatt“ und „Was mein Bauer nicht kennt, fress' ich nicht“ prangten auf Bannern und Bettlaken und waren erfindungsreich an Frontlader, Heckscheibe und Ackerschiene befestigt. Wie lebendiges Wasser floss der lange Traktorzug in Richtung Stadtmitte, souverän durch den Großstadtschungel geleitet von Phillip und Georg. Wir fuhren wohlbehütet durch die Hauptstadt, einige wehmütig an die Kindheit zurückdenkend, viele mit der Existenzangst der Gegenwart im Nacken, aber alle in der Überzeugung, dass nur ein Umdenken in der Landwirtschaft und der Nutztierhaltung zukünftig noch unsere Enkel ernähren kann.

*Sandra Neuendorf,
13159 Berlin-Blankenfelde*

Bäuerin – in Berlin!

Weihnachtsansprache 2017 des Bundespräsidenten in der ARD nach der Tagesschau. Mit frommem Augenaufschlag belobigt der Präsident die vielen Menschen auf dem platten Land, die in ausgebluteten Dörfern mit ehrenamtlichem Engagement versuchen, dem Sterben der sozialen Infrastruktur mit der Gründung von Cafés, Läden und Kommunikationsaktivitäten etwas entgegenzusetzen. Kein Wort darüber, dass diese erzwungene Stille (Zitat Steinmeier) kein Naturgesetz ist, sondern das Ergebnis von jahrzehntelanger, verfehlter Politik. In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Bauernhöfe in Deutschland auf jetzt 269.000 halbiert (Zahlen Bauernverband). In Ostdeutschland haben sich ehemalige LPG-Kader riesige Ländereien unter Mithilfe der Treuhand bzw. der Bodenverwertungsgesellschaft (BVVG) ergaunert und machen sie heute zu privaten Millionen, indem sie das Land hauptsächlich an landwirtschaftsferne Großinvestoren verscherbeln. Die Landwirtschaftsminister unterschiedlicher Couleur wissen von dem Skandal, wollen aber dieses Fass nicht mehr aufmachen, denn man will Frieden auf dem Land. Wie heißt es so schön? „Der Frieden auf dem Land ist oft stille Wut“ (siehe Wahlergebnisse AfD). Und



Gedanken zu Neujahr

die EU-Agrarpolitik fördert seit Jahrzehnten bewusst das Wachsen oder Weichen. So erhalten etwa 20 Prozent aller Betriebe, die größten, 80 Prozent der Agrarsubventionen. Und wo es auf den Dörfern keine aktiven Mittel- und Kleinbauern mehr gibt, können sich auch keine Handwerksbetriebe, Läden und Gaststätten mehr halten und in der Folge auch keine Kindergärten und Schulen, denn die Dörfer überaltern. Das alles sollte der Präsident wissen. Aber diese Ansprache zeigt m. E. ein

prinzipielles Problem der Politik im Allgemeinen und der Sozialdemokratie im Besonderen. Man weiß um die grundsätzlichen Krankheiten der Systeme (z. B. auch der Wohnungs- und Sozialpolitik), aber mächtige Lobbygruppen verhindern notwendige Reformen und so pfuscht man an den Symptomen herum und streicht das in Sonntagsreden auch noch heraus. Außerdem missbraucht man ehrenamtliches Engagement der Bürger, um eigene Defizite zu kaschieren (siehe auch die vielen Tafeln für

Bedürftige). Deswegen kann mich die oberflächlich wohltonende Rede des Bundespräsidenten zu Weihnachten trotz des frommen Augenaufschlages nicht unbedingt zu Begeisterungstürmen hinreißen.

*Wolfgang Eisenberg,
29459 Clenze*

„Die Haltungskennzeichnung ist eine Chance“

Im Gespräch mit Jürgen Dierauff, fränkischer Schweinehalter und Vorstandsmitglied der ISN

Unabhängige Bauernstimme: Sie sind Vorstandsmitglied der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands e. V. (ISN). Auf der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) im Dezember haben Sie erklärt Sie würden eine Haltungskennzeichnung bei Fleisch für die Zukunft begrüßen. Was hätte das für Auswirkungen und Vorteile für die Schweinehalter?

Jürgen Dierauff: Im November haben wir auf einer Vorstandssitzung einen Beschluss dazu gefasst: Wir sehen die Haltungskennzeichnung als Chance und wollen uns aktiv in den Gestaltungsprozess für eine vernünftige Kennzeichnung einbringen. Denn mittlerweile haben uns die Spanier im europäischen Markt den Rang abgelaufen, was die günstige Produktion von Schweinefleisch angeht. Da brauchen wir uns hier in Deutschland nicht einbilden, langfristig mithalten zu können – zumindest in der breiten Masse. Hier wird es von der Kostenstruktur her teurer, selbst wenn nur das Ordnungsrecht umgesetzt wird, wie das Verbot unbetäubter Kastration und der Ausstieg aus der Kastenstandhaltung. Deshalb braucht es andere Möglichkeiten, sich am Markt aufzustellen – und die Haltungskennzeichnung bietet da eine Chance für Betriebe, die für sich sagen: „Ich will nicht Kostenführer werden – ich will im Qualitätsstandard wachsen und damit eine höhere Wertschöpfung erzielen.“ Bisher gibt es nur Bio und gesetzlichen Standard – dazwischen macht jetzt jede Handelskette was anderes: mehr Stroh oder mehr Platz oder ohne Gentechnik. Da wird der normale Mensch im Laden mehr verwirrt als aufgeklärt.

Wie stellen Sie sich eine solche Kennzeichnung vor?

Ganz wichtig ist eine ausreichende Marktdurchdringung. Wenn nur geringe Mengen vermarktet werden, ergeben sich hohe Logistikkosten entlang der Kette. Letztlich muss der Preis sehr hoch sein und es wird schwierig, die Produkte an den Verbraucher zu bringen. Andererseits wird eine Kennzeichnung gewünscht. Bei der Brancheninitiative Tierwohl gab es von Anfang an Diskussionen wegen der fehlenden sogenannten Nämlichkeit, d. h. einer Nachvollziehbarkeit der gesamten Kette: Vom teilnehmenden Betrieb bis zum einzelnen Fleischprodukt in der Ladentheke. Eine verpflichtende Kennzeichnung der Haltungform könnte helfen, dahin zu kommen. Wir könnten z.B. auf die Kennzeich-

nung wie bei den Eiern aufbauen. Die Ziffer „0“ wäre dann wie gehabt Bio, „3“ wäre gesetzlicher Standard. Und dann hätten wir noch zwei Labelstufen für mehr Tierwohl.

Wo sehen Sie die Möglichkeiten für eine klare Abstufung?

Ich könnte mir vorstellen, dass z. B. die Ziffer „2“ der Initiative Tierwohl entspricht. Dann müsste noch „1“ als besonders tiergerechte Tierhaltung definiert werden – evtl. mit Stroh, Neulandstandard o. ä. – nur halt weniger als Bio im Gesamtsystem.

Was genau hieße „der Initiative Tierwohl entsprechend“? Dabei werden Kriterien aus einem Katalog gewählt, es gibt keinen gemeinsamen Standard.

Stimmt, aber schon zu Beginn musste von den zwei Kriterien „mehr Platzangebot“ oder „Raufutterangebot“ eines verpflichtend gewählt werden. Mittlerweile ist ein höheres Platzangebot von mindestens zehn Prozent mehr als gesetzlicher Standard festgelegt. Das könnte ich mir als einen Punkt für Stufe zwei vorstellen – und das Angebot von Raufutter in Form von Heu oder Stroh. Ich persönlich bin mittlerweile leidenschaftlicher Befürworter von Raufutter. In meinen Ställen setze ich getrocknete Maissilage ein. Der Anstoß kam durch die Initiative Tierwohl. Festgestellt habe ich eine sehr positive Wirkung auf die Tiere. Die sind ruhiger, die Aggressivität lässt nach und letztlich ist das Sozialverhalten besser. Deshalb darf man Raufutter nicht nur als Kostenfaktor und Belastung im Betriebsablauf sehen – ich habe auch viel weniger Probleme bei den Tieren.

Die AbL ist der Meinung, nur Geld aus Markterlösen reicht für den Prozess der Veränderung auf den Höfen zumindest anfänglich nicht aus – und schlägt neben Fördermitteln für Investitionen und als Anreiz für neue Verfahren ein Fondsmodell mit zusätzlichem Geld vor, um den Mehraufwand für Einzelschritte zu honorieren. Was halten Sie davon?

Allein von den anstehenden Kosten für die Anpassung der Sauenhaltungssysteme (ca. 3 Mrd Euro nach unserer Einschätzung), ist es offensichtlich, dass das nicht kurzfristig aus dem Markt kommen kann und wir hier anderweitige Unterstützung brauchen – z.B. die Investitionsförderung. Bei einem Fonds mit staatlichem

Geld sehe ich das Risiko, dass der Markt sich genau den entsprechenden Zuschuss beim Erzeugerpreis spart. Bei Steuerermitteln kann man auch nie wissen, ob sie in fünf oder zehn Jahren noch verfügbar sind. Ein wie auch immer gearteter Fonds muss sich in irgendeiner Form marktwirtschaftlich speisen.

Sehen Sie neben einem besonderen Fokus auf Qualitäten auch eine Chance auf Erzeugerebene preisstabilisierend Mengen zu koordinieren?

Das ist nicht realistisch. Würde in Deutschland die Erzeugung zurückgehen, dann würden die vorhandenen Schlachtkapazitäten von woanders aus der EU ausgelastet. Wo ich Gestaltungsmöglichkeiten sehe, ist beim Import der Ferkel – immerhin 11 Mio. jährlich aus Nachbarländern. Da ist es an uns, eine Herkunftskennzeichnung einzubauen, die in Deutschland geborene Ferkel auszeichnet und mit einem Aufschlag vergütet. Der Sauenhaltungsbereich war in der Vergangenheit am stärksten vom Strukturwandel betroffen und muss nun gerade die kommenden neuen Auflagen zur Kastration und zum Kastenstand tragen.

Welche Haken sehen Sie ansonsten, die den Umbauprozess betreffen?

Die Richtung stößt in der Branche nicht nur auf Gegenliebe. Einige Landwirte sagen: „Jawoll, das ist eine Chance“; andere sagen: „Das hätte es schon längst gebraucht“; und es gibt



Jürgen Dierauff

Foto: privat

Betriebsspiegel

3 Mastschweineeställe: 1.500 und 500 Plätze konv. Vollspalten, 80 Plätze auf Stroh, ein Stall mit 600 Plätzen im Bau (nach tiergerechteren Anforderungen Bayerns), 80 ha Acker

die, die nichts verändern wollen. Wir müssen möglichst viele Verbände der Branche zusammenbringen, die so eine Haltungskennzeichnung mitgestalten. Auch die Schlachter müssen mitziehen. Und mein Wunsch als Landwirt an die Politik: die Sache nicht öffentlich in Parteienspielen zerlegen; das kostet Zeit und es hat keiner was davon. Union und Grüne haben in den vergangenen Sondierungsgesprächen für eine mögliche Regierungsbildung schon so etwas wie eine Konsensfähigkeit gezeigt. Alle müssen sich zusammenraufen und einen sachlichen Kompromiss festlegen. Richtungsvorgaben sollten bitte machbar und von Dauer sein!

Vielen Dank für das Gespräch! cw

Einstieg für die Massen?

Die Initiative Tierwohl inszeniert sich gerne als die, die machen, im Gegensatz zu allen anderen Akteuren in der Szene inklusive der Politiker, die alle bislang nur reden. Die Kritik, dass ihre Schritte winzig sind und ihre Transparenz für den Verbraucher – zumindest bislang – bescheiden ist, weist Geschäftsführer Alexander Hinrichs immer gerne mit den Argumenten zurück, dass man die ganze Palette der Tierhalter mit einem niedrigschwelligem Angebot mitnehmen wolle und auch die ganze Branche des Handels, der aufgrund der Größe und Arbeitslosigkeit kaum differenzieren könne. Immerhin soll es – laut Hinrichs aufgrund der vielfach vorgetragenen Kritik, vor allem auch vom Kartellamt – ab April nun gelabeltes Geflügel aus an der Initiative teilnehmenden Betrieben im SB- und Bedienbereich der teilnehmenden Ketten liegen. Dazu gehört auch Aldi, dessen angekündigte Tierwohllinie nicht als Konkurrenz gesehen wird, sondern als Möglichkeit, den Einstiegsbereich zu bedienen. „Die Herstellung der Nämlichkeit auch bei Schweinen ist erklärtes Ziel“, so Hinrichs, wenn er auch bekannte, dass das aufgrund der vielen Erzeugungsstufen schwieriger sei. Auch Bundesminister Christian Schmidt, der ja schon letztes Jahr sein Label angekündigt hatte – „passiert ist aber ja noch nichts“ – wäre gut beraten, griffe er auf die dreijährigen Erfahrungen der Initiative Tierwohl zurück, so Hinrichs. Inzwischen sind über 6.000 landwirtschaftliche Betriebe seit der Programm-Neuaufgabe im letzten Jahr dabei. Es gibt keine Warteliste mehr, die bei der ersten Runde für Frust gesorgt hatte. Dafür werden bestimmte Kriterien nicht mehr vergütet, gleichzeitig zahlt der Handel mehr ein. Nach wie vor beteiligen sich keine Großverbraucher an dem Programm. „Die Finanzierung der angekündigten staatlichen Nutztierhaltungsstrategie steht in den Sternen.“, sagt Hinrichs, „Ich bin gespannt, welche Ideen da noch aus dem Hut gezaubert werden.“ cs

„Anhänger der Vielfalt“

Neue agrarpolitische Ideen sind noch nicht überall angekommen

Glyphosat und GAP sind die beiden bestimmenden Themen in den Eröffnungsrunden zur Grünen Woche. Besonders an dem umstrittenen Pestizid wird deutlich, wie weit die Positionen eben doch oft auseinander liegen. Während Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) noch zwei Tage vorher auf ihrem Agrarkongress von einem Ausstiegsszenario innerhalb einer Legislaturperiode sprach – schließlich müssten alle glyphosathaltigen Mittel durch die erneute Zulassung, bei der auch das Umweltbundesamt zustimmungspflichtig sei – betont Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied, dass man Glyphosat weiter brauche „für Mulchsaat, nicht in jedem Jahr, nicht auf jeder Fläche“. Im Hinblick auf ökonomische, aber auch auf ökologische Nachhaltigkeit riskiere man Zukunftsfähigkeit, steige man endgültig aus, so Rukwied. Er kritisierte, „politische Entscheidungen auf der Basis von Angstkampagnen unter Ausschluss wissenschaftlicher Expertise zu treffen“. Man müsse dann wieder mit dem Pflug den althergebrachten „reinen Tisch“ herstellen, der für die Biodiversität ja nun auch nicht von Vorteil sei. Überhaupt der Artenschwund: Da brauche es erstmal noch weiteres Monitoring, „Keine Frage, dass die Landwirtschaft Einfluss auf die Natur nimmt, aber welchen?“ Der Vorsitzende des BUND, Hubert Weiger, wandte sich auf der Pressekonferenz zur Vorstellung des Kritischen Agrarberichts vor dem Hintergrund des Insektenchwundes gegen die „größte Heuchelei“, Totalherbizide wie Glyphosat immer zuerst als umwelt-, weil bodenschonende Maßnahme darzustellen. Bundeslandwirtschaftsminister Chris-

tian Schmidt outete sich als „Anhänger der Vielfalt“, was sowohl für Tiere, Pflanzen als auch Marktpartner gelte und seine ihm eigene Sowohl-als-auch-Haltung bestätigt. „So weit wie möglich reduzieren, Frage der Alternativen beantworten“, sind seine Vokabeln. Der Industrieverband Agrar (IVA) ist da deutlicher: Helmut Schramm, Präsident des IVA und zugleich Geschäftsführer von Bayer Crop Science, „hofft“ auf die weitere Zulassung von Glyphosat auch nach den jetzt genehmigten fünf Jahren. Man würde es grundsätzlich gerne sehen, wenn die Zulassung nur noch „unter einem Dach, dem des Bundeslandwirtschaftsministeriums“ stattfinde. Offensichtlich ist man beim IVA die anstrengenden Debatten mit dem Bundesumweltministerium leid. Zudem verurteilt Schramm aufs Schärfste den Lebensmitteleinzelhandel und Verarbeitungsunternehmen, die mit einer Verzichtsauflage in Richtung ihrer landwirtschaftlichen Lieferanten „ihre Marktmacht ausnutzen“ und „gefährlich und unakzeptabel“ handelten. Ohne Glyphosat gäbe es keine Minimalbodenbearbeitung, sagt Burkhard Kleffmann, der für den IVA die Trends in der Landwirtschaft analysiert, man brauche es für – wir ahnen es – den „reinen Tisch“, diesmal also chemisch. Aber Bodenschutz sei eben gerade kein Thema, so Kleffmann mit leiser Ironie. Er merkt aber auch an, dass die Erweiterung von Fruchtfolgen den größtmöglichen Effekt in der Frage der Reduzierung von Pestizidanwendungen besitzt.

GAP und Tiere

Auch bei der GAP ist alles drin. Rukwieds Antwort auf die aus vielen Rich-



Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor

Foto: Puell/Die Auslöser

tungen kommende Forderung „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ lautet: „Einen gesellschaftlichen Mehrwert gibt es heute schon.“ Das bewährte Zwei-Säulen-System solle bleiben, aber entbürokratisiert werden. Minister Schmidt will kleinere und mittlere Betriebe fördern. Wie, das verriet er nicht oder nur mit der Aussage, dass er „nicht länger an jeden Hektar ein Preisschild hängen“ wolle. Es brauche jetzt „mutige Politiker, die sich der Verteilungsdiskussion stellen“, sagt Bioland-Präsident Jan Plagge, denn bislang hätten die Betriebe keinen Anreiz, sich an den gesellschaftlichen Anforderungen auszurichten. Ein deutliches Zeichen in diese Richtung erwartet AbL-Vertreter Bernd Voß im Agrarbündnis von den Agrarministern der Länder, nicht nur zur Stärkung von bäuerlichen Betrieben, die sich entspre-

chend orientierten, sondern auch zur Stärkung der ländlichen Regionen, deren Abgehängtsein derzeit so häufig betrauert werde. Geld für den Umbau der Tierhaltung entsprechend der gesellschaftlichen Anforderungen sei bislang nur von den Jamaika-Sondierern bereitgestellt worden, so Voß. Christian Schmidt hingegen sieht hinsichtlich der Tierhaltung „seine Hausaufgaben gemacht“. „Ja, die Tierhaltung bedarf Veränderungen. Nein, das ist nicht mit schroffem Ordnungsrecht zu lösen.“ Eine verpflichtende Haltungskennzeichnung wollte Jamaika auch erstmal europarechtlich prüfen. Das von Schmidt schon letztes Jahr angekündigte Label gebe es dann mit der neuen Regierung. „Dann ist Anpiff.“ Mal sehen, ob es dann auch verbindliche Regeln für das Spiel gibt. cs

Ein gesellschaftlicher Konsens für die Landwirtschaft?

Das Bundesumweltministerium versuchte einen Anfang zu machen

Gleich am Anfang machte sie ihren Anspruch auf Zuständigkeit klar. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) wandte sich auf der Pressekonferenz vor dem von ihr im Vorfeld der Grünen Woche veranstalteten Agrarkongress gegen die geäußerte Kritik, sie wildere thematisch in fremden Revieren. Sie wolle klar stellen, so Hendricks, dass sie gar nicht darum herum komme, sich mit Land-

wirtschaft zu befassen, kämen doch 50 % der Umweltbelastungen aus dem Agrarbereich. Zwar wolle sie auch betonen, dass die Landwirtschaft nicht an allem schuld sei, aber schließlich seien die durch sie entstandenen Belastungen nicht weniger, sondern mehr geworden. Das Insektensterben beeinträchtigt eine funktionale Kette im Naturhaushalt, die kein „Blümchentema“ sei. Hendricks' Ansicht nach müsse das

Ergebnis der Sondierungsgespräche mit der CDU/CSU ein Glyphosatausstieg innerhalb der Legislaturperiode sein, außerdem sei ein Paradigmenwechsel in Sachen Pestizide erforderlich. Diesen „echten Neuanfang“ soll es, geht es nach der noch amtierenden Bundesumweltministerin, nur mit allen Beteiligten in einem Konsens – ähnlich dem Atomkonsens – geben. Die Zeit sei reif – auch in der Landwirtschaft würden die

Probleme anerkannt, so Hendricks' Einschätzung. Sie sei viel auf Bauernhöfen gewesen in den letzten Monaten: „Niemand, mit dem ich dort gesprochen habe, ist wirklich zufrieden gewesen: schlechte Preise, gesellschaftliche Ansprüche, überbordende Bürokratie.“ Sie wolle – wie auch, wenn auch aus ihrer Sicht noch zu zaghaft, Agrar-

Fortsetzung von Seite 11

kommissar Phil Hogan – die Agrarzah- lungen ändern. Diese „müssen der Öffent- lichkeit, allen, zugutekommen und zwar nicht in Form von billigen Le- bensmitteln, sondern in Form von Ar- tenvielfalt, Klimaschutz und dem Er- halt der natürlichen Ressourcen allge- mein“. Hendricks benennt konkrete Herausforderungen, bedauert, dass sie sich nicht mit einem strengeren Bau- recht durchgesetzt habe, sieht trotz Düngeverordnung die immer noch zu hohen Nährstoffeinträge, kritisiert, dass in der Nutztierhaltungsstrategie des Bundeslandwirtschaftsministeriums die Umwelt nicht enthalten sei, macht sich für GAP-Gelder stark, die arten- reiche Landschaften, sauberes Trink- wasser und saubere Luft unterstützen. Bauern und Bäuerinnen bräuchten faire Preise für hochwertige Lebensmittel, anstatt die billigsten Anbieter für Märkte in China sein zu müssen.

Welt bäuerlich

Wir wüssten, dass Landwirtschaft Na- turkapital verbräuche, es sei unbestrit-

und Nachhaltigkeitszielen orientieren soll. Das gehe weit über die Landwirt- schaft hinaus, so Müller, und sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, was gleichzeitig den großen Unterschied zu vergangenen Agrarkonzepten darstelle. Das System billiger Lebensmittel sei unglaublich teuer, so Alexander Mü- ller. Er zog den Bogen noch weiter von den Umweltwirkungen über die Ge- sundheitsfolgen einer ungesunden Er- nährung mit belasteten oder stark ver- arbeiteten Lebensmitteln bis hin zur Struktur und Stabilität im ländlichen Raum. „Weltweit haben 1,3 Mrd. Menschen einen Arbeitsplatz in der Landwirtschaft, in der Automobilindus- trie als nächstgrößter Arbeitgeber ar- beiten 25 Mio. Menschen. Wie viele Autofabriken sollen wir bauen, wenn wir nur 500 Mio. Bauern und Bäue- rinnen den Arbeitsplatz nehmen?“ Mit in jenem Think Tank for Sustaina- bility schwimmt auch Klaus Töpfer, als ehemaliger Bundesumweltminister und ehemaliger UN-Umweltdirektor ein bisschen der Doktorvater einer Idee von umweltverträglicher Landwirt- schaft in der Mitte der gesellschaft-

schaft arbeiten. Exportierten wir unser System einer inzwischen in großen Teil- en industrialisierten Landwirtschaft dorthin – ein Plan, dessen Welterfolg oft suggeriert werde – so schafften wir damit extreme Probleme, die viele der Betroffenen versuchen würden, durch Migration zu lösen.

Alle zusammen

Neben theoretischen Ausführungen zu der Historie und den Merkmalen eines Gesellschaftsvertrages von Peter Feindt, Agrarpolitikprofessor an der Berliner Humboldt-Uni, schaffte es Moderato- rin Tanja Busse erfolgreich, bei ver- schiedenen Akteuren kurze Statements zu ihren Ansprüchen und ihren Beiträ- gen zu einem möglichen Gesellschafts- vertrag abzufragen. Während sich Bau- ernverbandsvertreter Steffen Pinggen vor allem auf das Wie des „respektvollen Umgangs“ und auf das, was alles nicht sein dürfe, beschränkte, forderte Ursula Hudson von Slow Food eine Stärkung des Handwerks, welches oft aus land- wirtschaftlichen Erzeugnissen gute Le- bensmittel mache. Felix Prinz Löwen- stein vom BÖLW betonte die Notwen-

Der Vertreter des Wasserverbandes in Peine, Olaf Schröder, betonte, wie mas- siv das Grundwasser unter Druck sei. Man sei nur mehr Reparaturbetrieb einer verfehlten Politik. Er wies den Stoßseufzer des Wir-machen-euch-satt- Bloggers Bernhard Barkmann, dass zum Glück Niedersachsens Exminister Meyer sich nicht mit einer noch stren- geren Düngeverordnung durchgesetzt habe, mit einer gewissen Schärfe und dem Hinweis darauf zurück, dass die Verordnung aus seiner Sicht noch viel strenger hätte sein müssen. So sei eben immer noch zu viel Gülle im System, so Schröder, „die wir nicht wollen und die sie nicht unterbringen“. Plötzlich wird deutlich, dass bei aller gegenseitigen Versicherung von Dialog- und Bewe- gungsbereitschaft diese in konkreten Problemstellungen endlich sein kann. SPD-Europapolitikerin Maria Noichl beklagte auch im Großen, dass die be- stimmenden Kräfte im Agrarbereich in Europa noch viel zu sehr darauf be- dacht seien, die alten Klientel und Inte- ressen zu stärken. Subventionen könnten zudem kein Marktversagen auffangen, so Noichl, es brauche faire Preise für die Bauern und Bäuerinnen.

Wohin

Wie nun den von allen angemahnten notwendigen Prozess konkretisieren und organisieren? Maria Flachsbarth (CDU), Staatssekretärin im Bundes- landwirtschaftsministerium, insistiert, das Thema gehöre in die Mitte der Ge- sellschaft und damit ins Parlament. Sie will eine Enquetekommission und fängt sich sofort eine Watsche von Schleswig- Holsteins grünem Landwirtschafts- minister Robert Habeck ein: „Immer, wenn ich keine Lust habe, mache ich eine Enquetekommission.“ Noch in Gedanken in Jamaika, sagt er: „Wir waren doch schon weiter, wir hatten schon einen halben Gesellschaftsver- trag aus Ökologie und Tradition durchgesetzt.“ Man müsse sich im Klar- en sein, dass es dabei auch Verlierer gebe, nämlich die industrielle Land- wirtschaft, „aus meiner Sicht zu Recht“. Er sieht kein Erkenntnispro- blem, sondern ein Problem der Politik, die nicht handele. Selbst das Grübeln der konventionellen landwirtschaft- lichen Verbände sei doch mit Händen zu greifen, die Suche nach Möglich- keiten, finanziell etwas anders zu ma- chen. Hier müsse konkret von der Po- litik Unterstützung gewährt werden, über die verpflichtende Haltungskenn- zeichnung, über finanzielle Förderpro- gramme. „Es muss ein attraktives Marktsegment sein“, so Habeck, „die Kuh auf die Weide zu stellen.“ cs



Vielen Dank! an die Treckerfahrer auf der Bühne am Brandenburger Tor

Foto: Nürnberger

ten, dass es ein „Weiter so“ nicht geben könne, konstatiert auch Alexander Müller vom ThinkTank for Sustaina- bility und ehemaliger Staatssekretär der ehemaligen grünen Landwirtschafts- ministerin Renate Künast. Es gehe nun darum, Wege zu einem Gesellschafts- vertrag für eine zukunftsfähige Land- wirtschaft aufzuzeigen. Letzteres ist auch der Titel des Agrarkongresses des Bundesumweltministeriums, der den Auftakt eines solchen Prozesses unter Mitnahme aller Beteiligten markieren und sich an den auch im internationa- len Kontext unterschriebenen Klima-

lichen Debatte. Auch er erweitert den allzu oft nur deutschen oder maximal europäischen Fokus auf das Thema um die Weltsicht. In Deutschland mit sei- ner alternden Gesellschaft und sinken- den Beschäftigungszahlen in der Land- wirtschaft (derzeit ein Prozent der Be- völkerung) hängen an einem hier hoch- technisierten Arbeitsplatz inzwischen 500.000 Euro Kapitaleinsatz. In Afrika hingegen, so Töpfer, gebe es eine junge Bevölkerung, die im Durchschnitt knapp über 20 Jahre alt ist und von denen ungleich mehr – rund 60 Prozent – in einer kaum technisierten Landwirt-

digkeit stabilerer Agrarsysteme wie den Ökolandbau, Jörg Nitzsch vom BUND die flächengebundene Tierhaltung. Der Arzt Peter Timmermann legte seinen Fokus auf die ungesunden Auswir- kungen westlicher Ernährungsgewohn- heiten mit weitestgehend verarbeiteten Nahrungsmitteln und DLG-Vorstand Hubertus Paetow warb für die Nach- haltigkeitsbewertung der DLG. AbLe- rin Lena Jacobi forderte die Unterstüt- zung gerade junger Bäuerinnen und Bauern und EU-Subventionen, die nicht die Fläche, sondern die bäuerliche Be- wirtschaftung fördern.



Ein Spalier aus 30.000 Menschen für 150 Traktoren und die Forderung nach einer anderen Agrarpolitik

Foto: Nürnberger

Geld regiert die EU-Agrarreform

Forderung nach hohem Agrarbudget eint die Kräfte. Inhaltliche Neu-Ausrichtung umstritten

Mittlerweile gibt es sowohl in Brüssel als auch in Deutschland erste politische Positionierungen zu den Vorstellungen der EU-Kommission für eine neue Reform der EU-Agrarpolitik, die sie Ende November in ihrer Mitteilung „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“ vorgelegt hat.

Im EU-Agrarrat haben die Agrarminister der Mitgliedstaaten in ihrer Aussprache am 29. Januar in Brüssel erste Schwerpunkte gesetzt. Die größte Übereinstimmung gab es in der Forderung, dass der Agrarhaushalt im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2021-2027 so weit wie möglich von Kürzungen verschont werden soll. Diese Botschaft richtet sich vor allem an die Staats- und Regierungschefs, die auf ihrem Gipfel am 23. Februar diesen neuen Finanzrahmen vorbesprechen wollen. Die EU-Kommission wird auch auf dieser Grundlage am 29. Mai ihren Budget-Vorschlag für die nächste Sieben-Jahresperiode vorlegen. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger macht Kürzungen davon abhängig, ob die Mitgliedstaaten bereit sind, der EU ei-

nen höheren Anteil ihres Bruttonationaleinkommens bereitzustellen. Oettinger wünscht sich einen Anteil zwischen 1,1 und 1,2 Prozent (statt heute 1,0). Dann käme der Agrarhaushalt mit einem (realen) Minus von maximal 3,0 Mrd. Euro pro Jahr bzw. 5,0 Prozent glimpflich davon. Sicher ist das noch nicht.

Ehrgeiz aus Paris

Auseinander gehen die Vorstellungen der Agrarminister in Brüssel in der Frage, welche Ziele und Ergebnisse mit diesem Geld erreicht werden sollen. Der französische Agrarminister Stéphane Travert sprach sich in Brüssel dafür aus, auf EU-Ebene die Regeln für die Direktzahlungen so zu setzen, dass „bestimmte Betriebe besonders gefördert werden“, womit er den höheren Aufschlag für die ersten Hektare und gekoppelte Zahlungen angesprochen hat. Er wünscht sich zudem, dass die europäischen Regeln für das neue Fördersystem auch den „ehrgeizigen Erwartungen im Bereich Umwelt gerecht werden“. Ein Teil der Direktzahlungen müsse dafür vorgesehen werden, An-

reize für Umweltleistungen zu geben. Die Bezahlung solle entsprechend des erwarteten Nutzens und entsprechend der vom Mitgliedstaat angepassten Maßnahmen gestaltet werden, so der französische Minister. Das neue System müsse wirkliche Anreize geben, „so dass wir uns nach oben ausrichten, um die gemeinsamen Ziele der EU zu erreichen“.

Viel allgemeiner äußerte sich – auch wegen der laufenden Koalitionsverhandlungen – der deutsche Staatssekretär Hermann Onko Aikens: „Wichtig ist, dass die EU den Rahmen setzt und dafür Sorge trägt, dass die Ziele des EU-Vertrages für die Agrarpolitik sowie die gemeinsamen Zukunftsaufgaben wie der Schutz von Klima, Umwelt, Natur und Tier sowie eine gesunderhaltende Ernährung in allen Mitgliedstaaten angemessen umgesetzt werden.“ Nur wenig konkreter fällt der Beschluss der deutschen Agrarministerkonferenz der Länder vom 18. Januar aus: Die EU-Agrarpolitik müsse „künftig stärker in der Lage sein, landwirtschaftliche Erzeugung mit öffentlichen Gütern, wie z.B. dem Erhalt von Kulturland-

schaften, mit dem Schutz von Natur, Klima, Umwelt und Biodiversität sowie den Anforderungen an das Tierwohl zu verbinden“. Und: „Die bäuerlich wirtschaftenden Betriebe und Arbeitsplätze in der Landwirtschaft müssen gestärkt werden“, heißt es dort.

Für große Aufregung, zumindest in Ostdeutschland, hat danach eine Beschlussempfehlung der Umweltminister im Bundesrat gesorgt. Auf Vorschlag der Grünen Umweltministerinnen Anja Siegesmund aus Thüringen und Priska Hintz aus Hessen hat die Mehrheit der Umweltminister dem Bundesrat für die Sitzung am 2. Februar u.a. folgenden Vorschlag vorgelegt: „Die von der Kommission angeregten Vorschläge zu Kappung und Degression sollten weiterverfolgt werden und die Berücksichtigung der erforderlichen Arbeitsleistungen geprüft werden. Nicht verausgabte Mittel aus Degression und Kappung sollten auf der Ebene des Landes verbleiben.“ Der Bauernverband in Thüringen lief Sturm. (Die Abstimmung erfolgte nach Redaktionsschluss.)

uj

Lösungen erkannt – aber kaum umgesetzt

Über die Afrikapolitik Deutschlands und der EU aus entwicklungs- und handelspolitischer Sicht

2017 gab es auch anlässlich der deutschen G20-Präsidenschaft eine Vielzahl von Vorschlägen (u. a. verschiedener Bundesministerien) zur Neugestaltung der Zusammenarbeit mit Afrika. Die Rolle von Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung wird dabei zunehmend anerkannt, Widersprüche in der Handels- und Agrarpolitik bestehen aber weiter. Teil einer neuen Partnerschaft zwischen Afrika und Europa muss jedoch eine europäische Agrarpolitik sein, die kohärent mit einer zunehmenden Selbstversorgung Afrikas und anderer Entwicklungsländer ist und nicht auf wachsende Exportmengen setzt.

Neoliberale Ansätze ...

Das Bundesfinanzministerium hat in einem „Compact mit Afrika“ vor allem Anforderungen an afrikanische Staaten entwickelt, die mit Hilfe internationaler und nationaler Entwicklungsorganisationen umgesetzt werden sollen. Dazu wurden mit bislang sieben afrikanischen Ländern individuelle Abkommen („Compacts“) geschlossen. Sie enthalten Zielvorgaben zum Schuldenstand, zur effizienteren Steuerverwaltung, zum Bürokratieabbau für Unternehmen, zum wirksamen Schutz (ausländischer) Investoren und zur effizienteren Verwaltung öffentlicher Investitionen. Einzelne Elemente sind sicher sinnvoll, insgesamt atmen sie aber den neoliberalen Geist der späten 1990er Jahre. So sollen mehr öffentlich-private Partnerschaften (Public Private Partnerships – PPP) für die Entwicklung der Infrastruktur genutzt werden. Das „Pro!-Afrika-Programm“ des Wirtschaftsministeriums beschränkt sich im Agrarbereich darauf, die Entwicklung von Qualitätssicherung und Standards für Lebensmittel und Biotechnologie zu verbessern. Viele der anderen Maßnahmen sind klassische Exportförderungen für deutsche Unternehmen.

... oder auf Augenhöhe?

Einen umfassenderen Ansatz vertritt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit seinen „Eckpunkten für einen Marshallplan mit Afrika“. Darin wird für die Neuordnung der Beziehungen zwischen der EU und Afrika plädiert. Auf das Verhalten internationaler Konzerne und der europäischen Politik, die kurzfristigen Wirtschafts-

und Handelsinteressen oft mehr Gewicht einräumen als Umwelt und Menschenrechten, wird ebenso hingewiesen wie auf Steuervermeidung und intransparente Finanzflüsse, die es Eliten Afrikas erleichtern, Kapital ins Ausland zu bringen, Raubbau an natürlichen Ressourcen zu betreiben und die Zivilgesellschaft zu unterdrücken.

Die Eckpunkte beziehen sich auf die Agenda 2063 der Afrikanischen Union. Die darin von den afrikanischen Staaten selbst definierten Ziele und Strategien sollen zum Ausgangspunkt der Zusammenarbeit gemacht werden. Zugleich wäre ein stärkerer Bezug auf die Agenda 2030 der UN und ihre globalen Ziele für



Imagewerbung auf andere Art

Foto: Nürnberger

nachhaltige Entwicklung wünschenswert gewesen, da diese stärker den Reformbedarf aller Staaten – und damit auch der EU – betonen. Privaten Investitionen misst das BMZ eine bedeutende Rolle zu. Öffentliche Gelder sollen auch dazu eingesetzt werden, Risiken für Investoren zu verringern, etwa durch Investitionsgarantien, Wechselkursabsicherung, aber auch öffentlich-private Partnerschaften. Angesichts der in Industriestaaten nicht immer überzeugenden Ergebnisse dieser Partnerschaften ist allerdings fraglich, ob solche Ansätze in Afrika in großem Umfang sinnvoll sind, wo die Kapazitäten zur öffentlichen Steuerung und Kontrolle noch deutlich schwächer sind als in Europa.

Flexible Handelspolitik

Speziell mit Bezug auf die Landwirtschaft wird betont, dass der ländliche Raum nicht durch entfesselte und unregulierte Marktkräfte oder verzerrende Agrarsubventionen zum Verlierer der Globalisierung werden dürfe. Auf die

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) zwischen der EU und verschiedenen afrikanischen Regionen wird in diesem Zusammenhang aber nicht direkt eingegangen, obwohl sie beim derzeitigen Verhandlungsstand den handelspolitischen Spielraum der afrikanischen Länder stark einschränken würden. Sie hätten deutlich weniger Möglichkeiten, ihre Märkte gegen europäische Importe zu schützen und damit Anreize für die Erzeugung und Verarbeitung vor Ort zu schaffen. Anders als beabsichtigt, stehen die EPA auch mit der regionalen Integration im Konflikt. Zum einen, weil in einigen Regionen wie in Westafrika derzeit Interimsab-

tät der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu verdoppeln und gleichzeitig die ökologische Nachhaltigkeit aller Produktionssysteme sicherzustellen“) wäre eine sinnvolle Konkretisierung. Auch das Menschenrecht auf Nahrung sollte als Maßstab der Agrar- und Ernährungspolitik genannt werden. Danach müssen Maßnahmen vor allem den Verletzlichen („most vulnerable groups“) zugutekommen und unerwünschte Nebenwirkungen für diese Gruppe vermeiden.

FAO mahnt

Die UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) betont in ihrem Bericht zur Lage von Ernährung und Landwirtschaft im Jahr 2017 die Bedeutung regionaler Wertschöpfungsketten, die ländliche Räume vor allem mit kleinen und mittleren Städten verbinden. Dort lebt ein großer Teil der städtischen Bevölkerung der Entwicklungsländer. Regionale Märkte für Erzeugnisse wie Getreide, Gemüse, Fleisch und Milch sind für die meisten Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sehr viel wichtiger als internationale Märkte für klassische Exportprodukte wie Kaffee oder Kakao, die nach wie vor den größten Teil der Agrarexporte Afrikas ausmachen. Die regionalen Wertschöpfungsketten müssten daher durch gezielte Investitionen in Infrastruktur, Ausbildung und Qualitätssicherung gestärkt werden. Ein Risiko besteht nach Ansicht der FAO darin, dass die wachsende städtische Nachfrage in Entwicklungsländern vor allem durch importierte Lebensmittel von Nudeln bis Milchpulver gedeckt wird. Gerade die nötigen besseren Transportwege könnten dazu führen, dass Importe nicht nur in den meist gut zugänglichen Metropolen und Küstenregionen, sondern auch in regionalen Zentren billiger verfügbar seien. Damit kann eine überlegene Konkurrenz zur regionalen Wertschöpfung entstehen, bevor diese sich wirklich entwickelt hat. In diesem Zusammenhang empfiehlt die FAO, die Strategie zur ländlichen Entwicklung mit einer „intelligenten Handelspolitik“ zu begleiten.

Tobias Reichert,
Germanwatch

Dieser Text ist eine gekürzte Version. Der vollständige Artikel erschien im Kritischen Agrarbericht 2018 - Schwerpunkt: Globalisierung gestalten. Hrsg. AgrarBündnis, 336 Seiten, 24 Euro, ISBN 978-3-930413-63-8, zu beziehen über den AbL-Verlag

kommen mit einzelnen Ländern gelten, die sich widersprechende Verpflichtungen zur Marköffnung enthalten, zum anderen, weil in der afrikanischen Agenda 2063 eine kontinentale Freihandelszone angestrebt wird. Die regionalen EPA mit ihren jeweils unterschiedlichen Handelsregimen gegenüber der EU machen diesen Prozess komplizierter. Mit Blick auf Ernährungssicherheit, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung wird in den Eckpunkten für den Marshallplan festgestellt: „Afrika könnte sich selbst ernähren, stattdessen gibt Afrika jährlich 35 Milliarden US-Dollar für den Import von Lebensmitteln aus. (...) Die Produktivität der Landwirtschaft [kann] bereits mit besserer Bildung, Ausbildung und Beratung (...) enorm gesteigert werden.“ Auf das zweite globale Ziel für nachhaltige Entwicklung, das ein Ende des Hungers, Ernährungssicherheit und eine nachhaltige Landwirtschaft vorsieht, wird nicht ausdrücklich Bezug genommen. Dessen Unterziel („Produktion und Produktivi-

Mais für Interessengleichgewicht

Nachbaufähige Maispopulationen als Alternative zu Hybriden

Die Maiszüchtung konzentriert sich seit fast 100 Jahren fast ausschließlich auf die Entwicklung nicht nachbaufähiger Hybridsorten. Die Maispflanze wurde (und wird!) mit einer beispiellosen Intensität züchterisch bearbeitet. Die Anstrengungen richten sich aus zwei Gründen nach wie vor auf die Entwicklung von Hybriden: Hybriden besitzen vor allem aufgrund der Ertragseinbuße beim Nachbau einen „biologischen Sortenschutz“, einen „Schutz vor Nachbau“. Dies ist für Saatgutfirmen und Züchter ein starker ökonomischer Anreiz, auf diesen Sortentyp zu setzen, da BäuerInnen jedes Jahr Saatgut kaufen müssen. Auch rechtlich ist der Nachbau von Hybriden verboten. Die Gewinnspanne für die Züchter ist hoch: Die Lizenzentnahmen belaufen sich bei Hybridmais auf bis zu 70 % des Saatgutpreises (im Gegensatz dazu z. B. bei Weizen auf 20 %). Die Hybridzüchtung basiert auf dem sogenannten Heterosis- oder Hybrid-effekt. Hybriden entstehen durch gezieltes Zusammenführen (= Kreuzen) ausgewählter, sich stark voneinander unterscheidender Elternlinien mit spezifischen Eigenschaften. Durch das Kreuzen vereinen sich die positiven Eigenschaften der Eltern in der Hybride, so dass deren Ertrag über dem Mittel des Ertrags der Elternlinien liegt. Neben ihrem erhöhten Ertragspotential zeichnen sich Hybriden zudem durch ihre Uniformität aus. Die Pflanzen eines Bestandes unterscheiden sich in ihren Eigenschaften und ihrem Aussehen untereinander kaum.

Nachbauhindernis

Hybridzüchtung funktioniert bei Mais besonders gut, da Mais ein Fremdbefruchter ist und die Trennung von männlichen und weiblichen Blütenständen (Kolben und Fahne) das Kreuzen sehr einfach macht. Die Züchtung von Hybriden bei Selbstbefruchtern (z. B. Weizen) ist deutlich schwieriger. Dank der Hybridzüchtung konnten die Erträge bei (Körner-)Mais in den letzten 50 Jahren verfünffacht werden. Die Kehrseite von Hybriden ist, dass sich die in ihnen vereinigten Eigenschaften beim Nachbau wieder aufspalten. Der Ertrag der Nachkommen der Hybriden geht zurück und die Einheitlichkeit vollständig verloren. Die Alternative zu Hybriden sind sogenannte offen abblühende Maispopulationen. Maispopulationen sind zwar weniger einheitlich als Hybridsorten, können dafür aber nachgebaut werden. Beim wiederholten Nachbau auf einem Betrieb können aus vielfältigen Populationen sogar lokale „Hofsorten“ entstehen, die an den

Standort und die Bedürfnisse der BäuerInnen angepasst sind.

Neue Populationen

Bis ins Jahr 2015 war es in der EU rechtlich untersagt, Saatgut von Populationen zu verkaufen. Im Rahmen eines befristeten Experiments wurde 2016 erstmals eine Grundlage für die Vermarktung von entsprechendem Saatgut geschaffen. Für die bereits länger in der Populationszüchtung aktiven Züchtungsinitiativen war dies ein Anreiz, ihre Anstrengungen zu intensivieren. In Deutschland und in der Schweiz züchten derzeit die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL), die Forschung & Züchtung Dottenfelderhof (FZD) und die Getreidezüchtung Peter Kunz (GZPK) Körnermaispopulationen (als Futter- und als Speisemais) und die Sativa Rheinau und die FZD Zuckermaispopulationen. Die Maispopulationen dieser Projekte wurden alle mit modernen Hybridsorten als Ausgangsmaterial gezüchtet, teilweise ergänzt mit



Das Recht auf Nachbau nützt nur bei Populations-sorten Foto: Schievelbein

regionalen Landsorten. Die Verwendung von Hybridsorten ist notwendig, um den Zuchtfortschritt der letzten 50 Jahre zu nutzen. Denn während Hybridsorten intensiv bearbeitet wurden, hat die moderne Züchtung nicht mit Landsorten gearbeitet. Projekte der FZD und der Sativa Rheinau beschäftigen sich auch mit neuen Methoden zur züchterischen Bearbeitung und Verbesserung von Maispopulationen. Verglichen werden die klassische positive Massenselektion (Auswahl der besten Kolben bzw. Pflanzen aus dem Bestand) mit anspruchsvolleren Züchtungstechniken wie der Vollgeschwister-, S1-Familien- und rekurrenten Haploidenselektion, mit denen das Ertragspotential und andere Eigenschaften von Populationen effizienter verbessert werden können. Diesen Techniken wird großes Potential zugeschrieben, zunächst

müssen aber in den Projekten belastbares Datenmaterial und zusätzliche Erfahrungen gesammelt werden.

Die Forschungs- und Züchtungsarbeit findet, z. B. bei den Projekten von der FZD und Sativa, auf Höfen, also im Rahmen der laufenden landwirtschaftlichen Arbeit, statt. Die Populationen werden dabei von den beteiligten BäuerInnen als sehr vielversprechend bewertet. Die Mindererträge im Vergleich zu den Hybriden, die in wissenschaftlichen Leistungsprüfungen bei ca. 20 % liegen, fallen in der Praxis weniger ins Gewicht. Trotz der Diversität in den Populationen ist der Feldaufgang regelmäßig und die verhältnismäßig uneinheitliche Abreife hat bisher beim Drusch nicht zu Problemen geführt. Einige Züchtungsprojekte wollen BäuerInnen noch stärker in die Selektion und weitere Sortenentwicklung einbeziehen. In einem ersten Versuch in der Schweiz war die Selektion einer Maispopulation durch einen Bauern auf seinem Hof ertraglich sogar erfolgreicher als die Selektion derselben Population auf einem anderen Hof durch den Züchter.

Interessen der Partner

Im Allgemeinen eignen sich Populationen besonders für BäuerInnen, die Körnermais anbauen. Voraussetzung ist natürlich die Bereitschaft, sich mit Saatgutaufbereitung beschäftigen zu wollen (d. h. Auslese, Trocknung, Reinigung, Lagerung). Zudem sollten BäuerInnen stets zwischen den geringeren Kosten für das Saatgut, dem ideellen Wert, eigenes Saatgut gewinnen zu können, und den wirtschaftlichen Einbußen durch etwas geringere Erträge abwägen. Partizipative Züchtung und die Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen ZüchterInnen und BäuerInnen ist im Rahmen der Populationszüchtung möglich. Der „biologische Sortenschutz“ der Hybriden hat bisher zu einseitig den Interessen der ZüchterInnen und großen Saatgutunternehmen gedient. Die Populationszüchtung kann hier möglicherweise einen bescheidenen, aber wichtigen Beitrag dazu leisten, die Interessen der Partner wieder mehr ins Gleichgewicht zu bringen. Grundvoraussetzung dafür ist natürlich, dass BäuerInnen die neuen Maispopulationen auch nachfragen und anbauen wollen. Saatgut der Körner- und Zuckermaispopulationen ist bei der Sativa Rheinau AG und der Marktgesellschaft der Naturland Bauern AG erhältlich.

Sebastian Kußmann, Eva Gelinsky, IG Saatgut; Carl Vollenweider, Forschung & Züchtung Dottenfelderhof



Patente zweifelhaft

Ein aktueller Bericht von „Keine Patente auf Saatgut!“ zeigt, dass das Europäische Patentamt (EPA) weiterhin Patente auch auf konventionell gezüchtete Pflanzen – insgesamt inzwischen 200 - erteilt. Zwar hatte im Sommer 2017 der Verwaltungsrat des EPA - nach erheblichem Protest seitens der Zivilgesellschaft und der Politik - die Regeln zur Auslegung der europäischen Patentrechte geändert. Problematisch ist aber, dass das EPA auch Patente auf Pflanzen und Tiere erteilt, bei denen genetische Veränderungen und zufällige Mutationen identifiziert werden. Prominentestes Beispiel sind die umstrittenen Bierpatente, die die Brauereikonzerne Carlsberg und Heineken auf Gerste mit zufälligen Mutationen erhalten haben. Die Patentsprüche sind sehr weitgehend und umfassen neben der Gerste auch deren Verwendung zum Brauen und das damit produzierte Bier. Erforderlich ist nun eine klare Definition von den eigentlich nicht patentierbaren „im Wesentlichen biologische Verfahren“ – diese muss alle üblichen Verfahren der konventionellen Zucht umfassen. Zweitens muss klargestellt werden, dass alle „Produkte“, die aus konventioneller Züchtung entstehen, nicht patentierbar sind. Und Drittens muss die Reichweite der Patente begrenzt werden. [av no-patents-on-seeds.org/de](http://av.no-patents-on-seeds.org/de)

Bayer unter Druck

Bäuerliche Argumente lassen sich nicht so leicht vom Tisch wischen

Deutlich zäher als erwartet entpuppt sich die geplante Fusion von Bayer mit Monsanto – zumindest für Bayer. Das Unternehmen plante den Abschluss der Zusammenführung eigentlich für Ende 2017. Für knapp 59 Mrd. Euro will der Leverkusener Bayer-Konzern den US-Giganten Monsanto kaufen und sich damit weltweit an die Spitze der Saatgut- und Pestizidhersteller kapitulieren. Sollte die EU-Kommission Anfang März 2018, so der derzeitige Zeitplan, die Fusion von Bayer und Monsanto genehmigen, kontrollieren zukünftig drei Agrarkonzerne mehr als 60 % des globalen, kommerziellen Saatgutmarktes und über 70 % des

beiden großen Fusionen – Dow-DuPont und ChemChina-Syngenta – so. Schon im Herbst machte Bayer Zugeständnisse und gab an, im Falle der Fusion verschiedene Sparten an die BASF zu verkaufen – zum Preis von 5,9 Mrd. Euro. Darin ist Bayers globales Totalherbizidgeschäft mit Glufosinat-Ammonium und deren Marken (Liberty, Basta und Finale) enthalten, zudem einige Rapseschäfte, einige Sojasmärkte in Nord- und Südamerika sowie das „globale Baumwollgeschäft“ (ausgenommen Indien und Südafrika). Wie weitgehend diese Spartenverkäufe sind – also ob tatsächlich der gesamte Bereich inklusive Forschung und

einander. Der Deutsche Bauernverband findet in der Fusion auch Positives: „Natürlich bietet so ein Zusammenschluss auch Chancen, dass hier die Ressourcen, die in Forschung und Innovation, in neue Sorten, in neue Wirkstoffe gesteckt werden, dass die gebündelt werden“, sagte jüngst DBV-Generalsekretär Krüsken im ZDF.

Risiken

Ganz anderer Meinung ist die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die als Drittpartei im Fusionsverfahren anerkannt ist. Als solche hat sie bereits im Sommer 2017 und erneut im Januar ihre Stellungnahme zum „Statement of objections“ der EU-Kommission abgegeben. Aus bäuerlicher Sicht sei ein „wirksamer Wettbewerb“ durch die geplante Fusion nicht mehr gegeben. Schon jetzt ist der Saatgutmarkt hochkonzentriert, der Zusammenschluss des Pestizidherstellers Bayer mit Monsanto führe zu einer extremen Machtkonzentration. Das Sortenangebot würde weiter ausgedünnt, Doppelungen ausgelistet und die Forcierung auf global marktfähige Sorten und profitable Eigenschaften noch weiter verschärft. Die Praxis hat in den USA gezeigt, dass die Saatgutpreise nach Fusionen in Folge des verminderten Wettbewerbs massiv steigen. Bei gleichbleibenden Ernteerträgen kam es in einem Zeitraum von 17 Jahren zu einer Preissteigerung von 320 % bei GV-Sojasaatgut, bei GV-Maissaatgut sogar um 400 %. Das Angebot an Alternativen – gentechnikfreie Mais- und Sojasorten – schrumpfte auf nahezu Null.

Auch die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen sollen rationalisiert und effizienter gestaltet werden. Wenn aus sechs großen Konzernen drei werden, bedeutet das auch weniger Wettbewerb und Innovationen am Markt. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass die Züchtungsziele der Saatgut- und Chemiegiganten auf Pestizid- und Düngereinsatz ausgerichtet sein werden. Zumindest in der Vergangenheit versprach dies hohe Renditen, die nicht zuletzt die Aktionäre erwarten. Dass es Lösungen für akute landwirtschaftliche Probleme wie den Ackerfuchsschwanz im Getreide von Bayer/Monsanto geben wird, sieht Helmut Schramm, Chef der Bayer-CropScience-Sparte nicht:

„Bei den speziellen Problemen des Ackerfuchsschwanzes wird die Fusion von Bayer-Monsanto nicht helfen.“ Hinzu kommen Einschränkungen durch Patente. Kommt es zur Fusion, hat Bayer-Monsanto 25 % der erteilten Patente auf Pflanzen, alle drei Konzerne hielten 48 %. Patente und auch Cross-Lizenzen bilden hohe Markteintrittsbarrieren für andere – v. a. für kleinere und mittelständische Züchter.

Konzernmacht beschränken

„Wettbewerbsbehörden und die Politik haben dabei versagt, die Entstehung von konzentrierten Märkten und Konzerngiganten zu verhindern. Auch die Missbrauchskontrolle ist zu schwach“, so die Anfang Januar 2017 gestartete Initiative „Konzernmacht beschränken“. 26 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherorganisationen, Eine-Welt-Organisationen, kritische Digitalisierungsorganisationen etc. Ihre Forderungen: Neben Wettbewerbsfragen müssen bei der Fusionskontrolle zukünftig auch gesellschaftliche Fragestellungen berücksichtigt werden (soziale Gerechtigkeit, Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz etc.). Viel stärker als bisher müssen „vertikale“ Fusionen bei der Fusionskontrolle berücksichtigt werden, also wenn die Fusionisten nicht nur im Saatgutbereich aktiv sind, sondern auch bei Pestiziden und Digitalisierung – diese sektorenübergreifende Marktbindung muss verhindert oder entkoppelt werden. Wenn die Marktmacht eines Konzerns zu hoch ist, muss eine Entflechtung, also das Abspalten von (ganzheitlichen) Geschäftsfeldern des Konzerns, möglich sein. Die Schwelle, ab wann eine Marktbeherrschung als kritisch angesehen wird, sollte bei 20 % angesetzt werden – nicht wie heute bei 40 % (Deutsches Kartellrecht). Auch Prof. Dr. Tobias Lettl von der juristischen Fakultät für Handels- und Wirtschaftsrecht in Potsdam sieht die aktuell zunehmende Konzentration kritisch: „Die Fusionskontrolle greift nicht in hochkonzentrierten Märkten. Um etwa im IT-Sektor und im Pestizid- und Saatgutgeschäft den Wettbewerb wiederzubeleben, sollten als letztes Mittel staatliche Eingriffe möglich gemacht werden, um Konzernstrukturen zu entflechten“, so Lettl.

Annemarie Volling,
Netzwerk gentechnikfreie Regionen



Trекer gegen Konzernmacht, Patente und für Bauernrechte.

Foto: Die Auslöser/WHES

Pestizidmarktes. Hinzu kommen ihre starken Aktivitäten im Bereich der Digitalisierung.

Unternehmensabsplattungen

Es wäre ein Paradigmenwechsel der EU-Wettbewerbsbehüter, wenn die EU-Kommission die geplante Mega-Fusion tatsächlich ablehnt. Auch wenn sie selbst Grund genug dafür sieht. So haben die Wettbewerbsbehüter erhebliche Bedenken, ob nach der Fusion noch ein „wirksamer Wettbewerb“ sichergestellt sein kann. Wahrscheinlicher ist, dass Bayer verschiedene Unternehmensbereiche abspalten muss, um die Zustimmung der EU-Kommission zu bekommen. Das war auch bei den anderen

Entwicklung, aber auch Vertrieb, Patente etc. eingeschlossen sind, und ob dies den Wettbewerbsbehörden genügt, ist offen. Anfang Januar wurde bekannt, dass Bayer zudem Teile seiner Gemüsesparte sowie eine Tochtergesellschaft, die Agrar-Software vertreibt, verkaufen will. Dies meldete die „New York Post“, die sich auf verschiedene, nicht näher genannte Quellen beruft. Offen ist auch, wann die Schmerzgrenze bei Bayer erreicht ist und wie viel sie bereit sind zu verkaufen, um die Fusion genehmigt zu bekommen.

Chancen?

Bei der Einschätzung der geplanten größten Fusion prallen Interessen auf-

Keine Panik auf der Titanic

Noch 13 Monate bis zum Brexit

Ich glaube, ich gehe zum Permakultur-Workshop, ich muss mich mit positiven Dingen beschäftigen, Brexit ist so deprimierend“, erklärte mir Martin Peck, Schaffarmer aus Wales. Wir kennen uns von der letzten ORFC (Oxford Real Farming Conference), dem jährlichen Treffen der Biolandwirte Anfang Januar in Oxford. Seit dem Referendum im Juni 2016 ist Großbritannien tief gespalten und Martin ist nicht der einzige, der die Brexit-Debatte nur noch in kleinen Dosen erträgt. Was nichts daran ändert, dass die Zukunft der Landwirtschaft in Großbritannien vom Brexit bestimmt wird, weshalb es in einem der Konferenzräume zwei Tage lang ausschließlich um dieses Thema ging. Zum Auftakt verbreitet Michael Gove, Minister für Landwirtschaft und Umwelt und klarer Brexit-Befürworter, Optimismus: Die Zukunft liege in der lokalen Produktion hochwertiger Nahrungsmittel und der Einhaltung hoher Tierhaltungs- und Umweltstandards. In Sachen Umwelt werde Großbritannien international „das Tempo vorgeben“. Die Landwirte applaudierten, doch Skepsis ist angebracht, denn ob sich solche Ziele umsetzen lassen, hängt vorrangig an den Handelsvereinbarungen, die Großbritannien nach dem Brexit eingehen kann bzw. wird. Der zuständige Minister für Handel ist Liam Fox und für ihn hat ein Handelsabkommen mit den USA absolute Priorität. Voraussetzung dafür, das hat sein US-Amtskollege immer wieder betont, ist die Akzeptanz US-amerikanischer Produktionsmethoden – von Chlorhühnchen über Wachstumshormone bei Rindern und Schweinen bis zu GVO-Saatgut – alles andere sind aus seiner Sicht „Handelshemmnisse“.

Technische Details

Welche Standards in Großbritannien gelten werden, ist bislang völlig ungeklärt. Der Grund dafür liegt in den hoch komplizierten, technischen Details des Brexits: Um den Ausstieg überhaupt praktikabel zu machen, muss zunächst die gesamte EU-Gesetzgebung in britisches Recht übernommen werden, erst dann kann das Parlament Änderungen vornehmen. Was Großbritannien nach dem EU-Austritt jedoch nicht mehr haben wird, sind EU-äquivalente Institutionen und Organisationen, die Standards setzen und für ihre Einhaltung sorgen. Sie müssen neu geschaffen werden, doch wie sollen sie aussehen, wie transparent und demokratisch soll die Erarbeitung von Standards sein? Bislang gibt es dafür weder eine Vision noch Geld für die Schaffung der notwendigen Gremien. „Vermut-

lich müssen wir in Zukunft die Expertise bei der EU einkaufen“, war einer der wenigen, kurzfristig realisierbaren Vorschläge. Als wäre das alles nicht schwierig genug, das Wolkenkuckucksheim namens Brexit hat sozusagen auch noch Nebengebäude: die Regionalparlamente in Schottland, Nordirland und Wales haben ihre jeweilige Region zur GVO-freien Zone erklärt. Könnte ein Handelsabkommen mit den USA diese parlamentarische Entscheidung einfach außer Kraft setzen?

Genügend Arbeitskräfte?

Die verschiedenen Brexit-Veranstaltungen auf der ORFC haben deutlich gemacht, wie kompliziert die Situation ist. Von Qualitäts- und Umweltstandards bis hin zur Frage, ob und zu welchen Bedingungen in Zukunft noch Saisonarbeiter aus EU-Ländern nach Großbritannien kommen können – alles hängt von den Post-Brexit-Handelsbeziehungen ab. Und bis die geklärt sind, bestehen die gegenwärtige Unsicherheit und Verunsicherung weiter. Und damit kommen manche Landwirte besser zurecht als andere. Kleine Betriebe, vor allem solche mit Biogemüse, die über eine Gemüsebox, einen Hofladen oder einen Wochenmarkt verkaufen, sehen dem Brexit gelassen entgegen, denn für sie ändert sich vermutlich wenig. Großbritannien importiert viel Biogemüse. Würden die Importe nach dem Austritt teurer, könnte das für britische Produzenten von Vorteil sein – sofern es genügend Arbeitskräfte gibt. Insgesamt erzielen Bioprodukte höhere Preise, Biobauern sind deshalb etwas besser abgesichert als Betriebe mit konventionellem Anbau. Für Fleischproduzenten spielt das allerdings kaum eine Rolle, denn hier sind auch viele Biolandwirte vom Export abhängig. Am

schwierigsten ist die Lage für Schafhalter in den Bergregionen von Wales, England und Schottland. Die britische Regierung garantiert die Direktzahlungen für Landwirte bis 2020. Danach, so Landwirtschaftsminister Gove, sollen Farmer nur dann Geld bekommen, wenn sie mit ihrer Arbeit dem „öffentlichen Wohl“ dienen. Ob und welche Umweltschutzmaßnahmen zum „öffentlichen Wohl“ zählen, ist bisher nicht geklärt. Die Biofarm von Dale und Megan Walters liegt in Derbyshire südlich von Manchester. Die Walters haben 150 Hereford-Fleischrinder und 60 Schafe. Dale geht davon aus, dass er nach 2020 auf jeden Fall mit weniger Geld als bisher rechnen muss. „Zusammen mit Megan kann ich die Farm weiterbetreiben“, sagt er, „aber wir müssten unseren Angestellten entlassen und das bedeutet, dass ich keine Zeit mehr für Umweltschutzmaßnahmen hätte. Hecken pflanzen, pflegen, Teiche und Feuchtgebiete in Stand halten, das geht nur, weil wir einen Mitarbeiter haben.“ Vor zwei Jahren haben die Walters auf kontrollierte Grashaltung umgestellt: Die Tiere bleiben nur eine bestimmte Zeit auf einem Weidestück, sie weiden das Areal gleichmäßig ab, das Überweiden wird vermieden. „Möglich war die Umstellung nur, weil wir EU-Gelder bekamen, mit denen wir die vielen Weidezäune finanzieren konnten“, erzählt Megan. Und als zertifizierter Biobetrieb stehen die Walters deutlich besser da als ihre Nachbarn. „Um uns herum gibt es viele kleine, noch höher gelegene Farmen mit schlechtem Land, dort kann man nur Schafe halten. Alle diese Nachbarn wissen nicht, wie sie ohne EU-Subventionen überleben sollen. Es ist schlimm.“

Marianne Landzettell,
freie Journalistin



Wolken überschatten Großbritanniens Fahrt aus dem europäischen Hafen Foto: Handke/pixelio.de

Neonikotinoide und Zugvögel

In einer Studie der kanadischen University of Saskatchewan wurde dem Futter von Weißschietelammern die Neonikotinoide beige-mischt, die in der Ummantelung eines einzigen Saatgutsamens zu finden ist. Binnen Stunden wurden die Vögel apathisch und hörten auf zu fressen. Sie verloren bis zu 25 % ihres Körpergewichts und waren nicht in der Lage, sich zu orientieren – die Vögel ziehen im Winter von Kanada nach Mexiko. Erst nachdem die Vögel zwei Wochen neonikotinoidefreies Futter bekommen hatten, funktionierte der Orientierungssinn der Ammern wieder. Nach Meinung des wissenschaftlichen Leiters der Studie, Professor Christy Morrissey, kann sich bei Zugvögeln bereits ein um wenige Tage verspätetes Eintreffen an den Brutplätzen negativ auf die Fortpflanzungschancen auswirken. Wissenschaftler im benachbarten US-Bundesstaat Minnesota haben festgestellt, dass fast alle Wildtiere, von Fasänen über Rehe, Waschbären, Mäuse und Hasen bis zu Eichhörnchen, verschüttetes Saatgut aufnehmen. Ein Sprecher von Bayer, dem Hersteller des Pestizids Imidachloprid, erklärte, es sei unwahrscheinlich, dass Vögel in der Natur so viel Neonikotinoide wie in der kanadischen Studie aufnehmen würden, die meisten Singvögel würden die Samenhülle vor dem Fressen entfernen. ml



Agrarwende geht nur gemeinsam

Foto: Ganschow/Die Auslöser

Die Häutung der Bio-Zwiebel

Über die Entstehung der neuen EU-Ökoverordnung

Am Ende sind alle gern bei den Gewinnern. Als der Kompromiss für eine neue EU-Bioverordnung im November 2017 Rat und Agrarausschuss des Parlaments passiert hatte, nannte es die EU-Kommission einen „Meilenstein für das Wachstum der Biobranche“. Der Agrarrat war zufrieden mit der qualifizierten Mehrheit, das Europäische Parlament war erleichtert über das Ende komplizierter Verhandlungen und der Dachverband der deutschen Bioverbände BÖLW – bis zuletzt erbitterter Gegner einer Revision der geltenden Verordnung – rühmte sich, der Verordnung die „Giftzähne gezogen“ zu haben. Davor war fast vier Jahre lang rhetorisches und ideologisches Schlachtfeld. Der 2014 von der Kommission vorgelegte Gesetzentwurf wurde von der Biobranche als „realitätsferne und inakzeptable Zumutung für den Sektor“ abgelehnt. Auch Agrarministerrat und Parlament bewerteten den ersten Gesetzentwurf als mangelhaft. Aber sie forderten in ihren Stellungnahmen keine Zurückweisung, sondern detaillierte Verbesserungen und suchten einen tragfähigen Kompromiss. Die Verhandlungen zwischen Kommission, Rat und Parlament dauerten drei Jahre, fünf Ratspräsidentenschaften und achtzehn Trilogie – aktueller Rekord in der Geschichte der EU-Agrargesetzgebung nach Inkrafttreten der Lissabonner Verträge. Die Totalopposition der politischen Spitze des deutschen Dachverbandes der Biobranche trägt hierfür maßgeblich Verantwortung. Zentrales Argument für die grund-

sätzliche Ablehnung blieb die von der Kommission ursprünglich vorgeschlagene Einführung von besonderen Grenzwerten für Pestizidrückstände in Biobioziden. In den Pressemeldungen der deutschen Verbände blieb durchgehend unerwähnt, dass Grenzwerte für Pestizidrückstände in zahlreichen Mitgliedstaaten bereits gängige Praxis und in Deutschland als „Orientierungswerte“ längst in den branchenweiten Verträgen etabliert sind. Diese Ausblendung der Realität, gepaart mit der kategorischen Grenzwertablehnung, erschwerte eine Einigung im Rat erheblich.

Bemerkenswerte Allianz

Bemerkenswert war die Allianz des BÖLW mit dem Deutschen Bauernverband im Hinblick auf die „friedliche Koexistenz“ von biologischen und konventionellen Betrieben. Die gemeinsame strategische Linie, die Verordnung zu Fall zu bringen, der gemeinsame Druck auf das Bundesministerium BMEL, auf Kommission, Parlament und Rat und gemeinsam organisierte Lobbygespräche bei Ratspräsidentenschaften wurden in Brüssel anfangs mit Erstaunen, später mit Verärgerung aufgenommen. Mehrfach sah es so aus, als ob diese gesamtdeutsche Allianz die Verordnung tatsächlich vor die Wand fahren würde. Rhetorisch wurden von den Verbänden und ihren juristischen Beiständen in den drei Jahren alle Register gezogen. Die Kommission führe „Krieg gegen die Biobauern“, eine neue

Verordnung sei „das Ende der friedlichen Koexistenz“ mit konventionellen Berufskollegen und das Ende der Entwicklung des Biosektors schlechthin. Mühsam ausgehandelte Verbesserungen bei der Verteidigung der Prozesskontrolle, die Harmonisierung der Standards bei Importen, der Ausstieg aus zahlreichen Ausnahmeregelungen, die Verbesserung vieler Produktionsregeln, die Festlegung des Prinzips der bodengebundenen Erzeugung und die Förderung des ökologischen Saatguts gingen im Ablehnungsgetümmel unter oder blieben absichtlich unerwähnt.

Befremden

Ein für die Betreuung der Trilogie zuständiger Beamter des Parlaments bemerkte am Ende der Verhandlungen, die deutsche Biolobby sei bisweilen aggressiver und arroganter aufgetreten als die deutsche Automobilindustrie. Man habe offenbar verwechselt, wer Gesetzgeber und wer Interessenvertreter sei. Auch bei der Kommission wurden die zahlreichen Angriffe und zum Teil persönlichen Herabsetzungen mit Befremden zur Kenntnis genommen. Die Bioszene habe zwar große Verdienste bei der Entwicklung des Sektors erworben, könne aber nicht für sich in Anspruch nehmen, auch gleichzeitig die Gesetze im eigenen Interesse zu schreiben. Die erzielten rapide wachsenden Margen am Biomarkt zögen eben auch Begehrlichkeiten und Betrug an, denen vorgebeugt werden müsse, nicht zuletzt im Sinne konsequenten Verbraucherschutzes, so die Haltung in der Kommission. Das Thema Koexistenz wurde von den Verbänden darauf zugespitzt, dass auf die Biobauern bei Überschreiten von Grenzwerten Kosten für die Dezertifizierung und erneute Zertifizierung zukommen würden, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass die meisten Kontaminierungen in Mitgliedstaaten mit Grenzwerten gar nicht auf den Höfen, sondern bei Transport, Verarbeitung und im Handel auftreten. Wirtschaftlicher Schaden gerade auch für Bauern in Deutschland tritt dadurch auf, dass Handels- und Verarbeitungsunternehmen in den Verträgen eigene Grenzwerte etabliert haben, z. B. wird der sogenannte „BNN-Orientierungswert“ von vielen Marktakteuren als Grenzwert in den Handelsverträgen festgelegt. Der Schaden entsteht heute schon regelmäßig und in erheblichem Umfang dadurch, dass die Ware zwar rechtlich weiter Bio ist, jedoch nicht mehr vermarktet werden kann.

German Arrogance

Auch war für Unterhändler in Brüssel

nicht nachvollziehbar, warum die Verbände wichtige Verbesserungen so strikt ablehnten, wie die Harmonisierung auf einen EU-Standard bei Importware aus Drittstaaten und das Auslaufen zahlreicher Ausnahmeregelungen, die konventionelle Praktiken und Material erlauben. Dabei ist es auch für die heimischen Biobauern bedeutsam, unter welchen Bedingungen und damit Kosten Importgetreide, -soja und -obst hergestellt werden. Widerstand gegen die vom Parlament vorgeschlagenen Stallbegrenzungen bei Biohennen kam ebenfalls aus Deutschland. Später wurde dann kritisiert, die neue EU-Ökoverordnung schreibe den Mitgliedstaaten vor, das Verbot des Schnabelkürzens bei Biohennen aufzuheben, was objektiv falsch ist. Ein Verbot bleibt in Deutschland durch die zulässige nationale Gesetzgebung bestehen. Viele Mitgliedstaaten und auch viele Abgeordnete des Parlaments sahen in der Ablehnung der Harmonisierungsvorschläge spezifische deutsche Interessen, die den zum Teil völlig unterschiedlichen Bedingungen in den Mitgliedstaaten keine Beachtung schenkten. Die „German Angst“ vor der Verordnung wurde wie so oft auch als die „German Arrogance“ gegenüber den Interessen der europäischen Partner wahrgenommen.

Viele Schichten

Erfolgreiche internationale Verhandlungen verlaufen in der Regel ähnlich der Häutung einer Zwiebel. Die äußere Schale ist die Position, die zu Beginn der Verhandlungen eingenommen wird. Sie ist hart und ziemlich undurchdringlich. Dahinter liegt die zweite Schicht, die in der Regel erst zum Vorschein kommt, wenn der Druck zur Kompromissfindung steigt. In dieser Schicht liegen die Interessen verborgen, die meist nicht ohne Not preisgegeben werden. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn die Startposition der Verhandler schon einen Kompromiss unterschiedlichster Interessen darstellt, wie dies in allen drei gesetzgebenden Institutionen der Fall ist. In Verhandlungen hinter diese dicke Haut der Interessen und Interessenkonflikte vorzudringen ist deshalb noch schwieriger. Dies wird erst dann möglich, wenn die Verhandlungspartner ein Grundvertrauen zueinander entwickelt haben, so dass sie an einer Lösung auch gemeinsam arbeiten können. Und damit dies überhaupt möglich wird, müssen weitere dünnhäutige Schichten wie kulturelle, institutionelle oder persönliche Ambitionen und Bedürfnisse aller Beteiligten erkannt und berücksichtigt

Weiter machen!

Bauer sein zwischen Grafen, Sozialisten und Kapitalisten

Die Familie von Carlo Horn hat Wurzeln in den Dörfern Kagel und Kienbaum rechts und links des Bauernsees, östlich vom Berliner Stadtrand. Seit über 400 Jahren betreiben sie hier Landwirtschaft. Horns Urgroßeltern bewirtschafteten einen Vierseithof mit 13 ha eigenem Land. Sie erarbeiteten sich über die Tierhaltung trotz kargen Sandbodens eine auskömmliche Existenzgrundlage. Dann kam der Sozialismus mit seiner zwangsweisen Kollektivierung der Bauern, in dem Horns Großeltern nach hartnäckigem Widerstand schließlich als letzte im Dorf den landwirtschaftlichen Betrieb in die örtliche LPG einbrachten. Die baute unweit des Hofes die schmucklosen, aber funktionalen und sehr haltbaren sozialistischen Zweckbauten – Stallgebäude, Maschinenhalle, Verwaltungstrakt und Sozialräume – „in denen wir jetzt hier noch sitzen“, so Horn. Die Großeltern haderten mit dem neuen System. Trotzdem willigte Horns Großvater ein, als man ihn bat, die Leitung der LPG zu übernehmen bis diese anderen politischen Projekten weichen musste. Die Tochter – Horns Mutter –, im Gegensatz zu ihrem Vater „eine immer noch überzeugte Sozialistin“, studierte entsprechend der Familientradition in Berlin erst Tierproduktion und dann noch Pflanzenbau im Fernstudium. Zurück in der Heimat wurde sie nach diversen Tätigkeiten als Produktionsleiterin mit 31 Jahren eine der jüngsten LPG-Vorsitzenden der DDR. Das war im Juni 1989, nur wenige Monate später waren LPG und DDR Geschichte.

Konkursmasse

Der kleine Carlo hatte damals schon auf dem immer noch existierenden Hof der

Großeltern die als Privatwirtschaft erlaubten Schafe mit seiner Großmutter gehütet. Die Familie entschloss sich im allerorten stattfindenden Abwicklungsprozess, nachdem klar war, dass die LPG nicht erhalten werden konnte, dazu, diese zu erwerben, um wenigstens die eingebrachten Inventarbeiträge zu retten. Zudem wollten die Großeltern wieder freie Bauern auf freier Scholle sein. Allerdings mussten sie die diversen Produktionsstätten der LPG kaufen und damit auch rund 4 Mio. DM Verbindlichkeiten übernehmen. Zu der Konkursmasse gehörten die sozialistischen Zweckbauten, die auf Flurstücken von drei Grundeigentümern standen, welche nun ihr Land zurückbekamen. Das Verfahren zur Bodenneuordnung sollte Gebäude und Boden zusammenführen. Eine Einigung der Horns mit den Grundeigentümern kam aber auch deshalb nicht zustande, weil die Gemeinde die Grundstücke – pittoresk am See gelegen – Anfang der 90er Jahre als Bauland überplante. Die Horns begannen trotzdem mit ihrem eigenen landwirtschaftlichen Betrieb, stellten um auf Ökolandbau, entwickelten aus den über hundert schwarzbunten Kühen der LPG eine Mutterkuhherde, später eine Limousin- und eine Uckermärkerzucht, wirtschafteten inzwischen auf rund 180 ha Land (130 ha davon gepachtet), die sich auf über 70 Teilstücke verteilen. In den 2000er Jahren begann sich der Wettbewerb um Land zu verschärfen, Pachtflächen wurden zunehmend auch von ortsansässigen Alteigentümern zu immer attraktiveren Preisen an Leute verkauft, die nichts mehr mit Landwirtschaft zu tun hatten: Industrielle, Versicherungen, Finanzdienstleister. Ende 2015 wollten dann auch die Grundeigentümer des Bodens unter den inzwischen zu Wohn- und

Hofgebäuden der Horns gewordenen LPG-Bauten verkaufen. Die Horns organisierten innerhalb kürzester Zeit Finanzzusagen und bekamen schließlich zu hören: „Tut uns leid, Sie haben nicht kaufen dürfen.“ Einer Beschwerde mit dem Hinweis auf ein Vorkaufsrecht für wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe entzog sich das zuständige Landratsamt mit dem Hinweis darauf, dass für die Gebäude – trotz vorhandener Kaufverträge – nie Grundbuchblätter angefertigt worden waren. Horns waren davon ausgegangen, dass das dem nach wie vor nicht abgeschlossenen Bodenneuordnungsverfahren geschuldet war. Das Landratsamt belehrte sie: Das Verfahren sei bereits 2004 ohne Einigung stillschweigend abgeschlossen worden, noch über einen Zeitraum von zehn Jahren (also bis 2014) hätte man daraufhin Grundbuchblätter erstellen können, nun, 2015, sei das hinfällig.

„Kein Interesse“

Über einen Landtagsabgeordneten gelangte der Vorgang in eine Prüfung in den Agrarausschuss des Landes Brandenburg, die Landesregierung attestierte allerdings „kein politisches Interesse“ an einer Lösung. Gekauft hatte die drei Flurstücke Georg Graf Castell zu Castell, dessen Familie auch das gleichnamige Bankhaus und eine Blei- und Buntstiftfabrik gehören. Carlo Horn, der Anfang 2016 den Hof von seiner Mutter übernommen hatte, versuchte mit dem neuen Eigentümer ins Gespräch zu kommen und zumindest für das eine Flurstück, auf dem das Wohnhaus steht, eine Möglichkeit der Weiternutzung auszuhandeln. „Warum sollte ich mich darauf einlassen?“, war die Antwort. Nachdem sich Medien-

vertreter interessieren, sind inzwischen neue Verwaltungsvertreter vor Ort Gesprächsbereit. Horn hofft auf nachträgliche Einräumung eines Vorkaufsrechts zumindest für ein Flurstück: „Schließlich konnte und wollte man im Falle der KTG noch ganz andere Verkäufe rückabwickeln.“ Selbst wenn er damit Stall und Wirtschaftsgebäude aufgeben würde, weil sie auf dem Nachbargrundstück stehen, könnten er und seine Familie zumindest wohnen bleiben und hätten zumindest noch eine rudimentäre Hofstelle für ihre Landwirtschaft. Ob sich der Graf von Castell darauf einlassen wird, ist zweifelhaft, ihm nützt das potentielle Bauland nur, wenn er alles kriegt. Carlo Horn wieder mit dem Trecker zur Wirhaben-es-satt-Demo nach Berlin gefahren, auch um öffentlich seine Geschichte zu erzählen. „Wir sind schon immer Landwirte gewesen, wir machen weiter!“

cs



Carlo Horn

Foto: Nürnberger

Fortsetzung von Seite 18

werden. Soweit waren die Verhandlungspartner bei der Bio-Zwiebel wegen des ständigen Störfeyers aus Deutschland gar nicht gekommen. Dass es trotzdem zu einer Einigung in Brüssel gekommen ist, gegen die deutsche Verbändeallianz und die von ihnen unter Druck gesetzte Bundesregierung, hat viel damit zu tun, dass sich die anderen europäischen Akteure auf die erheblichen Verbesserungen gegenüber der alten Ökoverordnung konzentriert und Allianzen ohne das Berliner Ministerium gebildet haben.

Nach drei Jahren Verhandlungen sind die unterschiedlichen nationalen und sektoralen Interessen und Allianzen nun für alle Seiten deutlich erkennbar. Eine neue Phase der Ausformulierung der Kompromisse in Einzelbestimmungen hat im Januar begonnen. Zahlreiche delegierte Rechtsakte für die Umsetzung der geeinten neuen Ökoregeln stehen noch aus. Parlament, Rat und Kommission haben konstruktive und zügige Zusammenarbeit vereinbart. Mit einer endgültigen Annahme der Vereinbarungen im Plenum des Europäischen Parlaments wird gerechnet. In Kraft treten werden die neuen Re-

geln dann zum Januar 2021. Bis dahin wäre eine konstruktive Zuarbeit der Verbände notwendig, um allen Betroffenen die notwendigen Anpassungen zu erleichtern und verbliebene Unklarheiten zu beseitigen. Noch wichtiger aber scheint die Klärung der Frage zu sein, wohin sich die Biobranche eigentlich in Zukunft entwickeln will.

Pionierrolle

Die – zum Teil verborgenen – Interessen der unterschiedlichen Akteure, die im deutschen Dachverband gebündelt sind, liegen vielleicht nicht mehr ganz so hautnah beisammen, wie es in der

radikalen Ablehnung der Verordnung erschien. Und im Hinblick auf die beginnende Debatte zur Reform der Agrarpolitik sollten die Bio-Interessenvertreter ehrlich prüfen, welche politischen und strategischen Allianzen den Durchbruch zur überfälligen Agrarwende möglich machen. Es geht um nicht weniger als eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft in Europa und den sozialen Zusammenhalt zwischen Menschen in Stadt und Land. Die Biobewegung hatte lange eine Pionierrolle. So sollte es auch bleiben.

Hannes Lorenzen,
Arc 2020

„Mein Ziel ist nicht Wachsen, sondern besser werden!“

Die junge Bäuerin Ve-Annissa Spindler gründet ihre Existenz auf dem Siebengiebelhof in Mecklenburg-Vorpommern

„Immerhin melke ich nun schon seit zehn Jahren“, meinte die junge Bäuerin auf die Bemerkungen der Gäste hin: „Es ist beeindruckend, dass Sie als so junger Mensch diesen Hof übernehmen.“ Ve-Annissa Spindler ist 27 und zur Zeit des Betriebsbesuches dabei, den Siebengiebelhof zu übernehmen, um dort ihre Existenz in der Landwirtschaft aufzubauen – im mecklenburg-vorpommerschen Drenkow, direkt an der Grenze zu Brandenburg, mitten auf der Strecke zwischen Berlin und Hamburg. Seit Mitte Dezember 2017 ist sie Eigentümerin des Demeter-Betriebes mit Schwerpunkt Milchviehhaltung. Aufgewachsen bei Lübeck in Schleswig-Holstein machte sie nach der Realschule eine landwirtschaftliche Ausbildung. Ihr Wunsch: Später einen eigenen Hof übernehmen. Einen Teil der Lehrzeit verbrachte sie auf einem Biohof und merkte: „Vom Herzen her bin ich Biobäuerin, aber ich wollte auch nicht mit der konventionellen Landwirtschaft brechen.“ Ihren Meister schloss sie an der ökologischen Landwirtschaftsschule in Kleve ab. Vor dreieinhalb Jahren kam sie probeweise auf den Siebengiebelhof, um die damaligen Betriebsleiter während eines dreijährigen Entwicklungshilfsdienstes zu vertreten. „Das war ein Hauruck-Konstrukt“, sagt die Bäuerin heute, denn nach einem Monat Einarbeitungszeit übernahm sie die komplette Verantwortung, zunächst als geringfügig Beschäftigte, nach einem halben Jahr als GbR-Partnerin. Dass das der optimale Weg war, bezweifelt sie heute: „Pachten wäre bestimmt besser gewesen, das Risiko nicht so hoch. Aber die GbR-Regelung war einigermaßen gut für mich, und ab dem Zeitpunkt konnte ich wirklich alles selbst händeln.“ Nun hat Spindler den Hof gekauft. Den Kauf der dazugehörigen Flächen übernahm die BioBo-

den Genossenschaft eG und rückverpachtet für 30 Jahre fest. Das Land kann die Bäuerin jederzeit zum ursprünglichen Kaufpreis selbst kaufen.

Herzstück Kuhherde

Das Herzstück des Siebengiebelhofes ist die 23-köpfige Kuhherde. Im langen Stallgebäude beherbergt das vordere, abgetrennte Ende mittlerweile ein gemütliches Café mit Laden. Der Kuhstall dahinter ist in einen Liegebereich mit Tiefstreu an der Längsseite, den Mittelgang als befestigte Lauffläche und den durch ein hörnerfreundliches Fressgitter abgeteilten Futtergang aufgeteilt. Auch im Winter kommen die Kühe ein paar Stunden auf die Weide. Das restliche Jahr über haben sie jederzeit Auslauf. Gefüttert wird je zur Hälfte Heu und Kleegrassilage. Heu wird lose auf dem Boden über dem Kuhstall gelagert und durch Gitterboden und Gebläse kalt belüftet. Die Kleegrasschnitte werden in Folie gewickelt. Der relativ hohe Silageanteil trägt sich mit der Milchverarbeitung zu Käse, denn „ich lege sehr großes Augenmerk darauf, Dreckeintrag zu vermeiden“, so die Jungbäuerin. Die Sorgfalt beginnt bei der Futterernte und schließt hohe Hygiene beim Melken und bei der Fütterung ein: „Auf dem Futtertisch werden die Schuhe ausgezogen und entweder auf Socken oder Puschen gearbeitet“, schmunzelt die Jungbäuerin. Durchschnittlich 4.500 Liter Milch geben die Kühe im Jahr – bei sehr geringem Kraftfuttereinsatz: „Morgens und abends gibt es eine Schaufel – wenn es gut läuft für die Kühe“, erklärt Spindler. Die älteste Kuh ist 18 Jahre alt, für die Nachzucht werden auf dem Siebengiebelhof vier bis sechs Kälber pro Jahr aufgezogen.

Die Flächenausstattung des Siebengiebel-

hofs ist mit 110 ha großzügig, allerdings sind nur neun ha Eigenland. Es besteht eine enorm hohe Abhängigkeit von den Verpächtern. Problematisch sind hochschnellende Preisvorstellungen – zuletzt für 30 ha auf einmal, weil ein Nachfolgebetrieb aus dem insolventen KTG-Agrar-Unternehmen plötzlich viel mehr bietet. „Ich muss ständig die Augen aufhalten, Land dazunehmen, damit insgesamt immer das Futter reicht“, versucht die Existenzgründerin das Risiko, d. h. die Anzahl der Verpächter, zu streuen. „Dabei will ich nicht wachsen – was soll das denn? – ich möchte nur immer besser werden in dem, was ich mache!“ Den Ackerbau auf ihren Flächen hat Spindler zurückgefahren, baut etwas Roggen und verschiedene Futtergetreidegemenge an. Anfangen musste sie mit alten, z. T. stark reparaturbedürftigen Maschinen. Die Standortbedingungen beschreibt sie als „Sandkiste“ mit 20 bis 30 Bodenpunkten.

Wirtschaftlich neu gerechnet

Im Zuge der Hofübernahme hatte die Jungbäuerin sich für die betriebswirtschaftliche Auswertung Hilfe von einem u. a. auf Hofübergaben spezialisierten Berater geholt. Die Wirtschaftlichkeitsrechnungen zeigten: Die Bäckerei ist ein Zusatzgeschäft – woraufhin dieser Betriebszweig von der Hofnachfolgerin gestrichen wurde. Auch die vielen verschiedenen Frischeprodukte in der Milchverarbeitung – von Vorzugsmilch über Joghurt und Quark bis hin zu Käse – und die kleinteilige Vermarktung kamen auf den Prüfstand. Spindler übernahm den angestellten Käser und stellte das Sortiment fast komplett auf Käse um. Die Vermarktung läuft hauptsächlich über zweiwöchentliche Liefertouren nach Berlin. Dort werden 15 bis 20 Naturkostläden regelmäßig beliefert. Per Paket wird der Käse zudem an rund 40 Läden, Kooperativen oder Einzelpersonen bundesweit verschickt. Weiterhin betreibt die junge Hofeigentümerin zwei lohnenswerte Wochenmarktstände in der Region; nur dort und im hofeigenen Laden gibt es noch Joghurt und Quark.

Blick von außen

Für eine begleitende Prozessberatung stand Spindler ein erfahrener Demeter-Altbauer zur Seite. „Es ist gut, wenn von außen jemand mit drauf guckt“, betont die Jungbäuerin. Sie selbst habe sich viel zu schnell in den Hof verliebt; um jeden Preis solle man eine Übernahme aber nicht angehen. „Ich war viel zu zögerlich, habe mich mehr in die



praktische Arbeit gestürzt und bin nicht so das Bürogenie.“ Das beschreibt sie letztlich auch als größte Herausforderung in ihrem Hofübernahmeprozess: „Beides unter einen Hut zu kriegen: die Finanzierung, die Termine und Formulare und nebenbei in Vollzeit die Landwirtschaft.“ Tatkräftig zur Seite steht ihr zumindest nach Feierabend ihr Freund Christoph, der als Landmaschinenmechaniker in der Region Arbeit gefunden hat. Ein Berufskollege fragt während der Hofführung wissend: „Wie sieht es mit Urlaub aus – und wie viele Stunden arbeitest du durchschnittlich am Tag?“ Mit einem Lächeln und genauso deutlich kommt die Antwort: „Zwölf Stunden am Tag – und ich hoffe an meinem Geburtstag ein paar Tage frei machen und wegfahren zu können.“ Eingebunden in die Region und das Dorf ist die Jungbäuerin bisher nicht. „Es ist schon speziell hier: Die jungen Leute gehen alle weg oder kommen nur am Wochenende wieder.“ Mitten im Ort stehen verlassene, langsam verfallende Häuser – eins direkt an der Hofeinfahrt zum Siebengiebelhof. Ein etwas bedrückender Anblick – vor allem im grauen Winter. Und doch wird genau hier für Ve-Annissa Spindler der Traum vom eigenen Hof wahr. Den Hin- und Rückweg mit ihrem Trecker zur Wir-haben-es-satt-Demonstration am 20. Januar in Berlin erlebte sie voller Emotionen: „Was werde ich als selbständige Bäuerin in den nächsten Jahren erleben, entscheiden?“ *cw*



Wer auf den Hof kommt, steht direkt vor Laden und Café

Fotos: Weißenberg

Betriebsspiegel:

60 ha Acker, 50 ha Grünland;
23 Milchkühe, eigene Nachzucht, 1 Sau, 1 Eber Angler-Sattelschwein plus etwa 10 Masttiere pro Jahr;
Hühner, Katzen, Hunde;
Hofladen mit Hofcafé, 2 Marktstände und Berlinliefertouren;

Veranstaltungen



Jahresmitgliederversammlung AbL Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland

25.02.2018, 9.30 - ca. 16.00 Uhr

Programm:

- Ankunft, Kaffee, Begrüßung
- Bericht zur Arbeit der AbL von Georg Janßen
- Sinay Gandenberger: „Neue und alte Gentechnik“
- Franz Botens: „Landwirtschaft aus der Sicht des Imkers“
- Mittagessen
- 13.00 Uhr Beginn der Mitgliederversammlung
- 15.00 Uhr Kaffeepause
- Anschließend: Stallbesichtigung bei Leo Kordel

Veranstaltungsort: Komfort-Hotel „Bücherstube, Alter Postplatz 3, 56766 Ulmen
Information und Anmeldung: ralf.vey@abl-rlp-saar.de, 02605/952730
Gäste sind herzlich willkommen!



Tag der Landwirtschaft Landesverband Mitteldeutschland

25.02.2018, 9.00 - 17.30 Uhr

Programm:

- Aktuelles zur Landwirtschaftspolitik vom Bundesvorstand AbL Jan Wittenberg
- Vorschläge der AbL zur Ausgestaltung der GAP nach 2020 Reiko Wöllert
- „Bäuerliche Landwirtschaft in der GAP nach 2020 stärken!“ Fish-Bowl-Diskussion u.a. mit Birgit Keller, (Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft)
- Mittagessen
- Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit Andreas Golde (Fachschullehrer für Landwirtschaft)
- „Wie groß geht bäuerlich? Wie industriell geht bio?“ Fish-Bow-Diskussion
- Bauernkaffee
- Mitgliederversammlung

Ort: Landgut Holzendorf, Otto-Krebs-Weg 5, 99428 Holzendorf/Weimar
Teilnahmegebühr 15-25,- € nach Selbsteinschätzung
Anmeldung zwecks Essensplanung bitte bis zum 20.02.2018 an: mitteldeutschland@abl-ev.de oder 0171 / 4208443.
Gäste sind herzlich willkommen!



Regionalgruppe Oberland

22.02.2018, 20 Uhr

Mitgliederversammlung und Präsentation des Aktionsbündnisses in der Stadt München
Referentin: Daniela Schmid, Projektleitung „Mensch u. Umwelt“ bei Tollwood.
Gasthaus zur Post in Eberfing

Regionalgruppe Erding-Ebersberg

21.02.2018, 19.30 Uhr

Bauernstammtisch

Brauhaus Schweiger, Ebersberger Str. 26, 85570 Markt Schwaben
Alle Interessierte sind herzlich eingeladen!



Was Landwirte bewegt:

„Alte“ und „Neue“ Gentechnik und Das Recht auf Nachbau von Saatgut

Aktuelle Informationen mit Annemarie Volling und Georg Janßen

09.02.2018, 20 Uhr *Autobahn Raststätte Ulm-Seligweiler*

12.03.2018, 20 Uhr, *Ldw. Bildungszentrum Hochburg, Hochburg 7, 79312 Emmendingen*

Kuhstallgespräch

07.02.2018, 10.00 Uhr, *Detmold*
Dialog zwischen Verbrauchern und Bauern, mit Ophelia Nick, AbL NRW.
Anmeldung: rudolf@rudolfkrome.de oder Tel.: 05231 - 3 1845,
Ort: Gasthaus zur Ortmühle

Insektensterben

08.02.2018, 19 Uhr, *Melsungen*
Vortrag mit Diskussion zum Thema Insektensterben, Vogelschwund und industrielle Landwirtschaft: „Wir sind dann mal weg – die (un)heimliche Artenerosion.“ Referent: Stephan Börnecke, Journalist.

Ort: Dietrich-Bonhoeffer-Zentrum, Franz-Gleim-Str. 52, 34212 Melsungen

Milch reist nicht gern

15.02.2018, 20 Uhr, *Stadtbergen*
Vortrag und Ausstellungseröffnung zum Thema: „Auswirkungen der EU-Übermengenpolitik und der Milchpulverexporte auf Burkina Faso/Westafrika“.

Ausstellung der Reisereportage vom 15.02. bis 26.02.2018 im AELF. Ort: Amt für Landwirtschaft Augsburg AELF, Bis-marckstraße 62 86391 Stadtbergen

Gemeinsame Agrarpolitik

9.-11.02.2018, *Rehburg-Loccum*
Loccumer Landwirtschaftstagung 2018. Die gemeinsam Agrarpolitik im künftigen Europa: Was und wie viel gemeinsam?
<http://www.loccum.de>

Neue Gentechnik

21.02.2018, 19.30 Uhr, *Kirchberg*
Vortrag von Dr. Eva Gelinsky, IG Saatgut. Anschließend Diskussion.
Akademie Schloss Kirchberg, Schlossstr. 16/3, Kirchberg/Jagst

Hohebuch

20.02.2018, 20 Uhr, *Brackenheim*
Das Bild der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit. Referentin: Ulrike Amler, Journalistin.

Ort: Weinkeller Brackenheim

08.03.2018, 20 Uhr, *Bönnigheim*
Hat die Arbeit in der Landwirtschaft einen Wert? Referentin: Gabriele Walcher-Quast, Landesbauernpfarrerin.

Ort: Strombergkeller Bönnighe

Bodenpraktikerkurs 2018

Im Demeter-Bodenpraktikerkurs lernen die TeilnehmerInnen über ein Jahr in 5 Modulen (10Tage) alles, was für eine moderne und nachhaltige ökologische Landwirtschaft und für den Erhalt und die Förderung fruchtbaren Bodens notwendig ist.
<http://www.bodenpraktikerkurs.de/>

Saatgutfestivals

24.02.2018, 10 - 17 Uhr, *Volkach*
Ort: Mainschleifenhalle, Obervolkacher Str. 11, Volkach

03.03.2018, 11-17 Uhr, *Köln*
Ort: VHS Studienhaus am Neumarkt Caecilienstraße 35, Köln

Ökologischer Landbau

08.03.2018, 9.00 Uhr, *Bad Döben*
Fortbildungskurs der SIGÖL e.V.
Anmeldung: Einsiedel: 034243 / 21491



Jahresmitgliederversammlung Landesverband Bayern

11.03.2018, 10.00.-16.00 Uhr

Kleinräumige Landwirtschaft - für Artenvielfalt so wichtig wie Ökolandbau?

Vortrag und Diskussion mit Anne-Kathrin Happe, M.Sc. Biodiversität & Ökologie

- Anschließend: Mittagessen
- Rechenschaftsbericht des Landesvorstands mit Aussprache, Neuwahlen des Landesvorstands, Wünsche und Anträge

Ort: Gasthof Schachtner, Dingolfinger Straße 88, 94405 Oberöcking bei Landau
Gäste sind herzlich willkommen!



Jahresmitgliederversammlung Landesverband Baden Württemberg

11.03.2018, 10.00 - 16.00 Uhr

Vielfältige und bäuerliche Landwirtschaft

Programm:

- Vielfältige Agrarstruktur erhalten! Was kann die Politik tun? Martina Braun (Bäuerin, MdL, Bündnis 90/Die Grünen)
- Bäuerliche Landwirtschaft und die Internationale Bewegung der Ernährungssouveränität, Wolfgang Hees (Landesvorstand)
- Bäuerliche Selbsthilfe: Aktivitäten der AbL auf Bundesebene Georg Janßen, (Bundesgeschäftsführer)

Nachmittags:

Mitgliederversammlung mit Planung der künftigen Aktivitäten

Ort: Gasthof Sonne, Tailfinger Str. 17, 71083 Herrenberg-Gültstein
Anmeldung: Frieder Thomas: T. 07531 / 2829391, thomas@abl-ev.de
Gäste sind herzlich willkommen!



Jahresmitgliederversammlung Landesverband NRW

16.03.2018, ab 10.30 Uhr

Programm:

- Mitgliederversammlung
- Mittagessen
- Anschließend offene Jahrestagung zum Thema:

GAP-Reform 2020

Vorschläge der AbL zu einem neuen Punktesystem

Zu Gast:

Ministerin Christina Schulze Föcking, MULNV
Prof. Dr. Karin Holm-Müller, Uni Bonn
Ulrich Jasper, AbL Bundesgeschäftsführung

Ort: Landhotel Hermannshöhe, Haulingort 30, 48739 Legden
Gäste sind herzlich willkommen!



Jahresmitgliederversammlung Regionalgruppe Franken

25.02.2018, 10.00 Uhr

Die Bedeutung des Bodens für Mensch und Natur

Vortrag von Sepp Braun, Biolandhof

Betriebsvorstellungen aus der Region

Ort: „Eva's Natürlich lecker“, Hauptstraße 14, 97294 Unterpleichfeld
Anmeldung zum Mittagessen: 09367 / 2292, Edith Sachse
Informationen: 09852 / 1846, Isabella Hirsch
09194 / 8480 Gabriel Deinhard

10. Bauernwallfahrt nach Altötting

18.03.2018, 11.30 Uhr

Bäuerinnen und Bauern können die Welt FAIR-ändern

Weitere Informationen in der Märzangabe der Bauernstimme

(Klein-) Anzeigen & Veranstaltungen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 20,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 3,00 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 3,00 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de,
Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS März ist der 19. Februar 2018.**
Chiffrezuschriften: AbL Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Hof und Arbeit

• **Wir, 56 & 61**, erfolgreich im Ökolandbau seit 30 Jahren, geben unseren Hof an einen Nachfolger ab. Deshalb wollen wir einen fremden Betrieb mit Kapital und saisonaler Mithilfe unterstützen. kronsbergghof@gmx.de

• **Landwirtschaftlicher Gemischbetrieb**, Acker, Wiese, Wald, ca. 20 ha, ebne Ortsrandlage, Direktverkauf, Stadtrand Nähe Nürnberg, sucht engagierte ÜbernehmerIn für nachhaltige Landwirtschaft. Tierhaltung möglich.
☎ 0151/ 56 98 21 56

Sonstiges

• **Wildgarten / Blühwiesen** mit Hecke / Bäumen gegen Hilfe nutzen. Raum Fröndenberg. ☎ 0151 / 70 36 25 62
email: holmesmail@web.de

• **Tierwirtin (44)** sucht Mann (40-50) mit Herz, Hof u. Grünland, Raum Minden, Rinteln, Nordlippe. Hoffe auf gemeins. Interesse an Landschaften, Arche, biol. wirtschaften u. ggf. Hofgemeinschaft gründen. Chiffre 01-02-2018

Bioland Milchviehbetrieb in Lemgo, NRW zu verpachten



STIFTUNG
EBEN-EZER

70 Holstein-Friesian und Braunvieh mit Nachzucht in Offenlaufstall mit automatischem Melksystem und umliegenden Hofweiden. Die Rohmilch wird in einer am Standort befindlichen Hofmolkerei zu Trinkmilch, Joghurt, Sahne & Schmand u. a. weiterverarbeitet und ist in rund 50 regionalen Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften „DAS Produkt der Region“! Ein Milchliefervertrag zu einer weiteren Biomolkerei besteht.

Gebäude mit Technik aus 2001-10, maschinelle Ausstattung vorhanden. Eine Futter-Mist-Kooperation mit dem Ackerbaubereich des Betriebes ist wünschenswert. **Der Verpächter möchte aus strukturellen Gründen die Milcherzeugung abgeben**, und sich auf den Betrieb und die Weiterentwicklung der Hofmolkerei konzentrieren.

Am Hofstandort steht eine 3 ZKB-Wohnung ebenso wie Büro, Keller und Waschräume zur Verfügung. Der Betrieb liegt in landschaftlich reizvoller Lage im östlichen Nordrhein-Westfalen in 2 km Entfernung zur attraktiven und aktiven Kleinstadt Lemgo (35 000 Einwohner) mit allen Angeboten an Kita-/ Grund- und weiterführenden Schulen sowie einer Verbundhochschule. Es bestehen vielfältige Einkaufsmöglichkeiten vor Ort, bzw. in der nächsten ca. 30 km entfernten Großstadt Bielefeld (> 300 000 Einwohner).

Gewünscht wird eine langfristige und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Entgegenkommendes Pachtangebot und Pachtbeginn zirka Sommer 2018. Weitere Info unter:

[www: eben-ezer-hofmolkerei.de](http://www.eben-ezer-hofmolkerei.de), Stiftung Eben-Ezer, Alter Rintelner Weg, 32657 Lemgo. Auskünfte erteilt Herr Flake 05261 215-355 oder email: albrecht.flake@eben-ezer.de



Gruppe
Norddeutsche
Gesellschaft
für Diakonie



Schleswiger
Werkstätten

Die Schleswiger Werkstätten sind eine Einrichtung zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung

Für unsere Betriebsstätte Hof Kubitzberg in Altenholz – Bioland-Betrieb und Werkstatt für Menschen mit psychischer Behinderung – suchen wir zum **01.06.2018 oder früher**

einen Landwirt / eine Landwirtin

als Fachkraft für Arbeits- und Berufsförderung (FAB)

Weitere Informationen unter: www.hof-kubitzberg.de



Saatgut-Tagung „Vielfalt in Bauern- und Gärtnerhand“

27. Februar 2018 von 10 – 16 Uhr



Bei der Tagung stellen Züchter, Vermehrer und Sorten-Erhalter ihre Arbeit vor und beschreiben wie sie zur Saatgut-Vielfalt beitragen.

Wie funktioniert Pflanzenzüchtung? – Die Vielfalt der Methoden, Dr. Walter Schmidt, KWS Zucht und Erhalt von samenfesten Gemüsesorten, Johanna Fellner, Züchterin Kultursaat e.V.

Das Projekt „Saatgut: „Vielfalt in Bauern- und Gärtnerhand“, Svenja Holst, AbL NRW

Vermehrung von Getreide für die ökologische Landwirtschaft, Peter Angenendt, Landwirt

Fast verloren gegangene alte Getreidesorten, Ullrich Schulze, Landwirtschaftskammer NRW

Gemeinsame Abschlussdiskussion: Saatgut quo vadis?

Ort: Haus Düsse 2, Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf
Anmeldung bitte bis 21.02.18: AbL e.V. NRW, T.: 02381 / 9053170, schaefer@abl-ev.de



Tagung: Für eine soziale und ökologisch nachhaltige Reform der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020

26.02.2018, 10.00-16.00 Uhr

Referenten:

AbL Punkte-Modell auf Basis von Betriebsdaten, Josef Schmid, Vorsitzender AbL Bayern

Leitlinien der EU-Kommission und Positionen der Bayr. Staatsregierung, Anton Dippold, BaySTMELF

Gemeinwohlleistungen entlohnen!, Josef Göppel, DVL

Agrarpolitische Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Perspektive der Landwirtschaft,

Prof. Dr. Dr. h.c. Alois Heißenhuber, TU München-Weihenstephan

Podiumsdiskussion zur politische Umsetzung einer nachhaltigen Agrarpolitik

Teilnehmer: Maria Noichl, MdEP SPD - Anton Kreitmair, Landwirt, MdL CSU -

Stefan Schmidt, MdB Bündnis 90/Die Grünen - Gertraud Gafus, Bergbäuerin, Dipl. Volkswirtin, AbL

Ort: Kath. Landvolkshochschule Petersberg, Bischof-Neuhäusler-Str., 85253 Erdweg
Anmeldung bitte spätestens 18.02.2018, T. 0821 / 45 40 951, AbL-bayern@web.de, www.abl-bayern.info
Tagungsbeitrag 20,- € für Mitglieder, 25,- € für Nichtmitglieder, inkl. Essen und Getränke



Schloss Kirchberg
Gemeinnützige Stiftung
Haus der Bauern

The New Enlightenment
Die Welt-Agrarwende

07.03. - 09.03.2018

Akademie Schloss Kirchberg
74592 Kirchberg/Jagst

Eine Agrarwende ist nicht nur für uns dringend geboten, sondern auch global. Die Welternährung, die Frage der Agrarökologie und die weltweite soziale Frage nach den Rechten der Bauern markieren die Wendepunkte, die in dieser Tagung durch prominente Redner vertieft werden. Alexander Müller, Ernst von Weizsäcker, Veronika Bennholdt-Thomsen, Hartmut Vogtmann, Michael Windfuhr und viele andere Kenner der Materie, die intensiv über die Zukunft der Landwirtschaft und Ernährung nachgedacht haben, referieren auf dieser Tagung.

Anmeldung:

bildung@besh.de, Telefon 07904/9797-63

www.hdb-stiftung.com

3. Kontaktforum
Hofübergabe 2018
„Lebenswerk übergeben -
Lebenswerk neu beginnen“

02.-04. März 2018 in Fulda
Infos und Anmeldung:
www.oeko-junglandwirtenetzwerk.de

Frühjahrstreffen des Netzwerk Solidarische Landwirtschaft

09.-11. Februar 2018
in Altenkirchen
www.solidarische-landwirtschaft.org/de/mitmachen



Schloss Kirchberg
Gemeinnützige Stiftung
Haus der Bauern

Akademie
Schloss Kirchberg

Von der Verifizierung
zur Zertifizierungs-
industrie: Ökolandbau
in der Klemme

Fachgespräch am
16. & 17.02.2018
im Schloss Kirchberg/Jagst

Anmeldung:
bildung@besh.de
Telefon (07904) 97 97-63

www.hdb-stiftung.com

Milchtagung 2018

Verantwortung im Milchmarkt für Menge, Preis und Qualität

Montag, 5. März, 9:30 bis 16:30 Uhr

Katholische Landvolkshochschule „Anton Heinen“ Hardehausen,
Abt-Overgaer-Straße 1, 34414 Warburg

- 9:30 Begrüßung, Josef Jacobi
- 9:40 Jens Schaps, Direktor für Märkte und Agrarmarktanalyse
Maßnahmen zur besseren Verhandlungsposition der Milcherzeuger
- 10:30 Peter Guhl, Vorstandsvorsitzender der MEG Milch Board
Wie können sich Milcherzeuger ihrer Verantwortung für den Milchmarkt stellen?
- 11:25 Ottmar Ilchmann, konv. Milchbauer, Vorsitzender der AbL-Niedersachsen
Verantwortung von Milcherzeugern, Politik und Molkereien
- 13:30 Professor Dr. Onno Poppinga, Agrarwissenschaftler
Erfahrung mit kraftfutterreduzierter Milcherzeugung auch für konv. Betriebe
- 13:50 Petra Müller, Demeter Milchbauern Süd w.V., AbL-Landesvorsitzende BW
Zukunftsperspektiven für Erzeuger durch gemeinschaftliche Vermarktung
- 14:30 Dr. Peter Hamel, Landesvorstand AbL-Hessen
A2-Milch bei Milchweißunverträglichkeit
- 15:45 Bernd Scheibel, Landwirtschaftlicher Sachverständiger
Milchqualität: Freie Fettsäuren im Griff behalten. Was können Erzeuger tun?

Bundesweite Kooperationsveranstaltung: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB)
Anmeldung; info@abl-ev.de

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-presse Druck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzzenhausen, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de

Saatgut: Vielfalt in Bauernhand, Projekt der AbL-NRW
Svenja Holst, Tel: 02381/9053170, holst@abl-ev.de

AbL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 107,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 142,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 52,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 77,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
 30,-€ 50,-€ 70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Nachname, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

AbL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Geschäftsführung:
Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Geschäftsstelle: Lea Unterholzner, Tel: 04239-9440056; info@abl-niedersachsen.de
Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südniedersachsen: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlegmail.com

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;
Brandenburg: Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Geschäftsstelle: Christian Vieth, Weingasse 10, 36199 Rotenburg a.d.Fulda,
 Tel: 06623 9157 386, hessen@abl-ev.de
 Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de
 Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,
 Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle: Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß, Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de
Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393
 Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de
Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782, margaretestoiber@t-online.de; Konrad Zanklmaier, Tel.: 08725-304, Tel. 08725/304, konrad.zanklmaier@t-online.de
Allgäu: Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; abllallgaeu@gmx.de, Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512;
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, [irene-popp\[at\]web.de](mailto:irene-popp[at]web.de), Hans Zacherl Tel. 08146/9127; hanslangwied@gmail.com
Landschut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de, Gabriel Deinhardt, Tel: 09194/8480, gabriel.deinhardt@gmx.de
Erding-Ebersberg: Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi_reindl@gmx.de; Elisabeth Reis, Tel. 08091-4144; Max.reis@t-online.de; Mathias Lohmeier Tel. 08081-938335; mathias.lohmeier@gmx.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de, Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de
Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt
Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de,
 Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
Sachsen-Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
Thüringen: Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;
 Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;
 Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092
 AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Wechselbad der Gefühle

Oh, was hatte ich mich in diesem Jahr auf die große Demo in Berlin gefreut! Sie gehört für mich ja inzwischen als bedeutende Wegmarke einfach zum Jahresablaufplan der Landwirtschaft dazu, sozusagen als verspätetes Neujahrsfest. So läuft mein bäuerliches Jahr: Demo, Ende der Güllesperrfrist, Frühjahrsarbeit, Weideauftrieb jippieyeah!, Abgabe des Sammelantrags, erster Schnitt, Heu machen, zweiter Schnitt, Getreide und Stroh ernten, dritter Schnitt, Abgabe Dieselantrag, Gülle fahren vor Güllesilvester, Anfang der Güllesperrfrist, Weideabtrieb schluchz!, Stallarbeit, Düsternis und wieder Demo! Dazwischen Geburtstage, eigene und andere, Ostern und Hochzeitstag, Weihnachten, der übliche Wahnsinn eben.

Und dann, so vier Wochen nach der Sonnenwende, man merkt zum ersten Mal konkret, dass die Tage tatsächlich wieder länger werden: die Fahrt nach Berlin! Reisen, so langsam, dass die Seele mitkommt, gemeinsam mit lieben Kollegen im Treckerkonvoi. Durch Dörfer fahren, die noch mehr Arsch der Welt sind als das eigene. Pausen mit Bratwürsten in abgeranzten Meckpomm-Imbissbuden, in denen aus kurzgeschorenen Schädeln feindliche Blicke in Richtung der Eindringlinge geworfen werden. Und abends, der Arsch tut weh und der Rücken auch, das große Wiedersehen in Blankenfelde, befreundete Bauern aus ganz Deutschland. Lagerfeuer, Grillwurst. Da schmecken die Biere wunderbar.

In diesem Jahr war ich so gut vorbereitet wie noch nie. Der neue Deutz war sauber, vollgetankt, geschmückt und gepackt. Um sieben Uhr wollten wir losfahren, von meinem Hof aus. Noch am Abend zuvor hatte ein Kollege sich spontan angemeldet; statt nach Hamburg auf den Wochenmarkt wollte er lieber nach

Berlin zur Demo. Um halb sieben schon kam ein Kamerateam, um unsere Abfahrt nach Berlin zu filmen. Sie bauten ihre Technik auf, während ich noch schnell die Pferde fütterte. Dann ein Brummen in meiner Hosentasche. Eine SMS von Sven, meinem Mitarbeiter: „Moin, ich liege lang im Bett mit Fieber, Kopfschmerzen und Nase wieder zu“.

Es traf mich wie ein Fausthieb. Ungläubig guckte ich aufs Display und wählte seine Nummer. Mit ersterbender Stimme meldete er sich. Er sei aufgestanden und vor dem Bett zusammengesunken, Kreislauf im Keller, unmöglich könne er den Stall machen. Ich legte auf und fluchte. Okay, er quälte sich schon länger mit der Erkältung herum, aber dass er sich ausgerechnet an diesem Tag krank melden muss! Und kein Wunder, dass sein Immunsystem nicht das Beste ist, wo er sich doch hauptsächlich von Dönerfleisch und Energydrinks ernährt ...

Eins war klar: Ich konnte nicht mit nach Berlin, ich musste melken. Als die Kollegen eingetroffen waren, sagte ich, was los war. Dann bauten wir das „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“-Schild von meinem Trecker ab und an Stefans Trecker an. Ich gab das Navi weiter und fuhr gemeinsam mit den Kollegen einmal vom Hof, nur fürs Fernsehen. Dann bogen sie links ab, Richtung Berlin; ich bog rechts ab und fuhr einmal im Kreis, zurück zum Hof: Melken. Vor Wut und Enttäuschung und Traurigkeit schnackte ich mit mir selber. Wenn Bauern das tun, sind sie wirklich schlecht drauf. Noch während des Melkens wurde mir klar: Wenn ich schon nicht mit dem Trecker übers Wochenende fahren kann, so muss ich doch mindestens mit demonstrieren, zur Not auch zu Fuß. Ich rief meinen besten Freund Dieter an. Er wollte ohnehin auch zur Demo. Wir verabredeten, am Samstag früh um vier zu melken und dann mit dem Zug zu fahren.

Die Kühe guckten komisch – melken drei Stunden vor der Zeit – aber da mussten sie durch. Der ICE war voll mit Demoleuten, und als wir aus dem Berliner Hauptbahnhof traten, war der Frust des Vortags vergessen. Als erstes sah ich den langen Michael mit seinem Imkerhut, und es war eine Stimmung von Aufbruch und Zuversicht. Später hielten Dieter und ich die Flutterbänder beim Treckerspalier und jubelten den Treckerfahrern zu, statt wie sonst immer bejubelt zu werden. Ottmar tanzte auf Carstens MB-Trac, als sei Karneval, und ich spürte, mit wie viel Kraft wir beschenkt wurden, aus dieser Menge heraus. Es war gut, mitten drin zu stehen, aber hey: Trecker fahren ist geiler! Inzwischen hatte ich mit meinem Mitarbeiter telefoniert. Ich sagte, ich kämpfe nicht nur für meinen, nein, auch für seinen Arbeitsplatz. Und er meinte, er könne wohl den abendlichen Stalldienst übernehmen. Ich musste nicht zum Melken zu Hause sein und konnte also noch in die Böll-Stiftung zum Soup'n'Talk, um mir u. a. erklären zu lassen, wie man aus Wegwerf-Brot allerbestes Bier brauen kann. Dass da vorher noch keiner drauf gekommen ist! Dabei hat mein Vadder schon früher gesagt, das bisschen, was man zu essen vermöge, könne man locker auch trinken. Einer inzwischen liebgewonnenen Tradition folgend, erzählte ich dort wie geplant die Gute-Nacht-Geschichte. Als Dieter und ich dann spät am Abend im letzten Zug nach Hamburg saßen, müde und pflasterlahm, da wurde mir klar: Ein Januar ohne eine Fahrt zur Demo nach Berlin ist schlicht undenkbar. Mit dem Zug ist es okay, mit dem Trecker okayer. Wir sehen uns im nächsten Jahr. Ganz bestimmt. Der Deutz bleibt geschmückt.

*Matthias Stübrowldt,
schreibender Milchbauer*



Während auf dem Messegelände zum Auftakt der Grünen Woche die ersten Empfänge stattfinden, treffen sich die Schlepperfahrer traditionell am Freitagabend in Blankenfelde. Trecker und Anhänger werden für die Demo mit Bannern und Transparenten, mit Botschaften, Forderungen und Wünschen für den kommenden Tag zurechtgemacht. Noch ein paar Stunden Schlaf und dann geht es los!

unabhängige Bauernstimme: für bewegte Bauern

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221